

5. Sitzung

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Stockerau am 9. September 2015

Anwesend:

| | | |
|----------------------|---|-----|
| Bürgermeister: | Laab Helmut | SPÖ |
| Vizebürgermeisterin: | Hermanek Susanne | SPÖ |
| Stadträte-SPÖ: | Eisler Elfriede, Holzer Othmar, Ryba Günter | |
| Stadträte-ÖVP: | OSR Kronberger Karl, Dr. Moser Christian Mag. (FH) Völkl Andrea | |
| Gemeinderäte-SPÖ: | Ambrosch Walter, Bauer Johann, Buchta Brigitte, Frithum Gabriele, Gübler Gerda, Hellwein Christian, Ibraimi Setki, Minibeck Manfred, Pollak Daniel, Preyss Michael, Mag. Riedler Corinna, Ruzicka Jürgen | |
| Gemeinderäte-ÖVP: | Dkkfm. Bartosch Johannes, Dummer Gerhard, Mag. Falb Martin, Handschuh Monika, Hetzendorfer Gregor, KR Hopfeld Peter, Kopf Eleonore, Mag. Trabauer Manuela, Weiss Margit | |
| Gemeinderäte-FPÖ: | Glasl Markus, Kracher-Schramm Sabina, Kube Erwin | |
| Gemeinderäte-GRÜNE: | DI Pfeiler Dietmar, Schneider Alexandra, Mag. Straka Andreas | |
| Gemeinderat-NEOS: | Dr. Fischer Martin | |

Entschuldigt: GR Mayer Wolfgang (FPÖ)

Namensnennungen im Folgenden ohne Titel.

Ort: Rathaus Stockerau - großer Sitzungssaal

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 20:30 Uhr

Tagesordnung:

I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit

II. Genehmigung des Protokolls vom 17.06.2015

III. Wahlen

- 1.) Berufung von Vertrauenspersonen
- 2.) Wahl des Stadtrates
- 3.) Ergänzungswahl in die Gemeinderatsausschüsse

IV. Bericht des Prüfungsausschusses

V. Anträge des Bürgermeisters

- 1.) Ehrungen sowie Dank und Anerkennung an ausgeschiedene Stadt- und Gemeinderäte
- 2.) KIG Stockerau – Änderung der Errichtungserklärung
- 3.) Schaumannngasse 3 – gerichtlicher Vergleich – Parkplatzmieten
- 4.) Löschungserklärung – Böck Hans und Dagmar
- 5.) Löschungserklärung – Bugl Franz und Helga
- 6.) Löschungserklärung – Kraus Gertrude
- 7.) Löschungserklärung – Schneps Ernst

VI. Anträge des Stadtrates

a) Finanzen

- 1.) 2. Nachtragsvoranschlag 2015
- 2.) Auflösung GF48-Wertpapiere
- 3.) Änderung Fälligkeiten der Annuitäten von Darlehen der BAWAG/PSK
- 4.) Annahmeerklärung des NÖ WWF für BA19
- 5.) Abschluss einer Nutzungs- und Dienstleistungsvereinbarung betreffend "Duale Zustellung"
- 6.) Ausweitung Sicherheitssoftwarelizenzen für sämtliche Endgeräte
- 7.) Ankauf eines Spindelmähers und eines Kompaktraktors für das Sportzentrum
- 8.) Festspiele Stockerau – Anpassung Kartenpreise
- 9.) Verkauf eines Teilstückes bei Schaumannngasse 9 an AJET Vermögensverwaltungs- und Beteiligungs GmbH
- 10.) Kinast Angela – Rücktritt vom Grundkauf Parz.Nr. 118/63, Zum Spitzgarten

VII. Anträge gemäß § 46 Abs. 1 NÖ GO 1973

- 1.) Aussprache über die mögliche Unterbringung von Asylwerbern in Stockerau
- 2.) Weitere Vorgangsweise hinsichtlich des Personalaufwandes im Bereich der Gemeindeverwaltung von Stockerau

Gemäß § 47 Abs. 3 NÖ GO in nicht öffentlicher Sitzung behandelt:

I. Anträge des Bürgermeisters

- 1.) Personalangelegenheiten
- 2.) Beschlussfassung über das Verhandlungsergebnis mit der HYPO
- 3.) Beauftragung mit der Durchführung der Ausschreibung von Müllentsorgungsleistungen

I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Laab eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Gemeinderates wurden ordnungsgemäß eingeladen, die Tagesordnung ist rechtzeitig kundgemacht worden und es erfolgten keine Einwendungen.

Bürgermeister Laab begrüßt die neue Gemeinderätin Gerda Gübler, die vor der Sitzung angelobt wurde. Er wünscht eine gute Zusammenarbeit im Sinne der Stadt.

Der Bürgermeister stellt einen **Dringlichkeitsantrag**

Dringlichkeitsantrag des Bürgermeisters
gemäß § 46 Abs. 3 der NÖ GO 1973
für die Gemeinderatssitzung am 17.06.2015

Es soll folgender Gegenstand auf die Tagesordnung genommen werden.

Der Gemeinderat möge unter dem Tagesordnungspunkt Personalangelegenheiten über einen zusätzlichen Antrag betreffend eine Angelegenheit in der Musikschule beschließen.

Begründung:

Da die gegenständliche Angelegenheit sowohl im Personalausschuss als auch im Stadtrat bereits ausführlich behandelt wurde, soll dem Antrag stattgegeben werden.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

| | | |
|---------------|-------|---|
| Gegenstimmen: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |

| | | |
|---------------|-------|----|
| Stimmhaltung: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |
| Prostimmen: | SPÖ | 17 |
| | ÖVP | 12 |
| | FPÖ | 3 |
| | GRÜNE | 3 |
| | NEOS | 1 |

Die Dringlichkeit ist gegeben und der Antrag wird in der nicht öffentlichen Sitzung unter I. Anträge des Bürgermeisters bei Punkt 1) Personalangelegenheiten behandelt.

II. Genehmigung des Protokolls vom 17.06.2015

Es wird der Antrag gestellt, das Protokoll vom 17.06.2015 unverlesen zu genehmigen. Es entspricht dem Sitzungsverlauf und es gab keine Einwendungen.

Gemeinderat Fischer: Ich habe den Entwurf für das Protokoll der letzten Gemeinderatssitzung 30 Stunden vor Beginn dieser Sitzung, gestern mittags erhalten. Einzelne augenfällige Fehler konnten korrigiert werden, aber eine ordnungsgemäße Durchsicht des Protokolls war nicht möglich. Es wird auch anderen so gegangen sein. Wir waren bisher recht flexibel, was die Einhaltung der Fristen des § 53 der Gemeindeordnung anlangt, wo drinnen steht, bis wann das Protokoll erstellt sein muss und wann bis spätestens es allen zugestellt werden muss, aber diesmal ist es zu knapp. Ich kann diesem Protokoll auch in der gestern notdürftig korrigierten Fassung nicht zustimmen.

Bürgermeister Laab: Das Protokoll ist immer wieder Thema für eine Diskussion. Wir haben hier massive zeitliche Probleme. Wir führen ein Wortprotokoll. Wir sind alle dafür, ein Wortprotokoll weiter zu führen. Es ist aber schwer, das abzuhandeln. Herr Dr. Fischer – es ist auch ein Punkt, das jetzt nicht persönlich nehmen, wo ich Sie bitten würde, Ihre Wortmeldung war jetzt so, dass die Damen das auch protokollieren können. Vielleicht ist es auch, dass manche Ausdrücke nicht wiedergegeben werden können. Es hat diesmal auch mit Frau Eder eine Konversation gegeben, was jetzt hier zu protokollieren wäre. Man tut sich bei manchen sehr schwer, das wirklich zu verstehen, was hier aufgezeichnet wurde, weil es Nebengeräusche gibt oder die Wortmeldungen nicht in einer gut hörbaren Lautstärke erfolgen. All das erfordert eine gewisse Zeitspanne.

Jetzt gibt es die Möglichkeit, wenn die Gemeinderäte noch Zeit brauchen, es zu lesen, dass das Protokoll in der nächsten Sitzung im Oktober erst genehmigt wird. Wir sind bemüht, die Fristen einzuhalten. Aufgrund verschiedener Umstände ist es nicht immer möglich.

Entweder verschieben wir die Genehmigung oder stimmen heute darüber ab.

Gemeinderat Straka: Ich habe meine letzte Wortmeldung zu dem Protokoll am 29. April 2015 abgegeben, wo ich darauf aufmerksam gemacht habe, dass 7 Protokolle des Finanzausschusses aus dem Jahr 2013 fehlen und auch 4 Protokolle des Stadtrates aus 2013. Es ist mir damals zugesagt worden, dass daran gearbeitet wird und nachgereicht werden. Das ist bis heute noch nicht passiert.

Bürgermeister Laab: Eines oder mehrere Protokolle von den fehlenden Protokollen sind gestern fertiggestellt worden. Auch das ist ein Zeitproblem. Wir können nur sagen, dass wir es versuchen werden, dies zu erledigen. Und wenn es hier zu massiven Problemen führt, ist auch ein Weg, dass man sich auf ein Beschlussprotokoll durchringen wird, wie es in vielen Gemeinden gemacht wird. Hat dann keinen historischen Wert mehr und ist eigentlich das Papier, auf dem es steht, nicht wert, weil man nichts nachlesen kann. Aber es entspricht der Gemeindeordnung und dann wird es rechtzeitig fertig sein. Um diese Geduld und Rücksichtnahme kann ich nur ersuchen. Wenn es notwendig ist, das Protokoll nach den gesetzlichen Bestimmungen zu erfüllen, werden wir uns etwas einfallen lassen müssen und hier eine Änderung vornehmen. Zu einem diskutieren wir um weniger Personal und zum anderen diskutieren wir, dass die Fristen nicht angehalten werden. Beides wird sich nicht umsetzen lassen, auch aufgrund der vielen Anzahl von Ausschusssitzungen, wo auch im Haus die Protokolle angefertigt werden. Ich ersuche den Gemeinderat um Verständnis und wenn nicht, dann muss die Verwaltung schauen, wie die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu erfüllen sind.

Gemeinderat Hopfeld: Darf ich ganz kurz fragen, weil ich gehört habe, dass die Protokolle der Ausschüsse von der Verwaltung geschrieben werden müssen.

Bürgermeister Laab: Nein nicht alle, bei einigen. Bei einigen Ausschüssen wird aufgezeichnet und das Protokoll vom Haus geschrieben.

Beschluss: **mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

| | | |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 3 |
| | NEOS | 1 |
| Stimmenthaltung: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |
| Prostimmen: | SPÖ | 17 |
| | ÖVP | 12 |
| | FPÖ | 3 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |

III. Wahlen

1.) Berufung von zwei Vertrauenspersonen

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Gemäß § 98 Abs 2 und 3 der NÖ Gemeindeordnung werden zur Entscheidung über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Stimmzettel zwei Mitglieder des Gemeinderates, die unter Berücksichtigung der Parteienverhältnisse ausgewählt werden, beigezogen.

Als Vertrauenspersonen werden beigezogen:

| | |
|-------------------------|-----|
| StR Holzer Othmar | SPÖ |
| StR OSR Kronberger Karl | ÖVP |

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

| | | |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |
| Stimmenthaltung: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |
| Prostimmen: | SPÖ | 17 |
| | ÖVP | 12 |
| | FPÖ | 3 |
| | GRÜNE | 3 |
| | NEOS | 1 |

2.) Wahl des Stadtrates

Da Stadtrat Daniel Krammer sein Stadtrats- bzw. Gemeinderatsmandat zurücklegte, ist eine Wahl zum Stadtrat notwendig.

Folgender Wahlvorschlag wurde eingebracht:

von der FPÖ Fraktion: GR Erwin KUBE

Der Wahlvorschlag wurde vom Bürgermeister überprüft und in Ordnung befunden.

Die Wahl ist geheim und erfolgt mit Stimmzettel. Da es nur einen Wahlvorschlag gibt, sind alle leeren Stimmzettel oder Stimmzettel mit anderen Namen ungültig.

Gemeinderat Falb: Um es vorweg zu nehmen, unsere Fraktion wird den Herrn Gemeinderat Kube geschlossen zum Stadtrat wählen, weil die Gebräuche bei uns so sind in Stockerau. Wir haben diese Gebräuche ja an sich immer für sehr positiv empfunden, dass man sich in diesen Dingen, was die Bekleidung von Funktionen im Gemeinderat bzw. im Stadtrat betrifft, dass man sich hier nicht in die Quere kommt, dass man das friedlich abwickelt. Diese guten Sitten sind heuer bei der Konstituierung des Gemeinderates gestört worden, weil Stadtratspositionen aberkannt wurden, insbesondere eine Fraktion gar keinen Stadtrat mehr hat. Ich darf daran erinnern. Es war damals so, dass jede Fraktion Stadtrat/Stadträtin verloren hat. Die SPÖ zwei, die ÖVP und die GRÜNEN je einen. Die einzige Fraktion, die keinen Stadtrat verloren hat, war die Freiheitliche Fraktion, die das aber unter dem Aufhänger der Sparsamkeit betrieben hat. Dieses Ergebnis wollen wir nach wie vor nicht so zur Kenntnis nehmen. Daher hätten wir vorgeschlagen oder uns vorgestellt, dass die SPÖ-Fraktion, die zwei Stadträte eingebüßt hat, diese eine Stadtratsfunktion und damit den Sportausschuss übernimmt. Wir glauben, zumindest ist unsere Fraktion dieser Meinung, dass Kollege Hellwein von der SPÖ absolut geeignet gewesen wäre, diese Funktion von Krammer zu übernehmen.

Die 2. Geschichte ist – der Kollege Kube, den wir als Person sehr schätzen, hat bereits einen Ausschuss, den er betreut, den er präsentiert. Er hat als einziger dann zwei Ausschüsse, denen er vorzusitzen hat. Und um es ganz ehrlich zu sagen, ich mache aus unserem Herzen keine Mördergrube, er hat uns bisher in der Performance im Personalausschuss nicht restlos überzeugt. Wir sind nicht davon 100%ig überzeugt, dass für den Sport in Stockerau diese Vorsitzübernahme vom Vorteil ist. Wie gesagt, wir hätten es gerne anders gehabt. Ich sage noch einmal und damit schließe ich meine Wortmeldung, wir werden trotzdem uns bei der Wahl den alten Gewohnheiten, Gepflogenheiten fügen und diese Wahl unterstützen.

Die Vertrauenspersonen StR Holzer und StR Kronberger werden zur Beurteilung der Gültigkeit der Stimmzettel beigezogen.

Stimmzettel werden ausgeteilt.

| | | |
|-----------------------------|-------------------------|----|
| Die Wahl wird durchgeführt: | abgegebene Stimmzettel: | 35 |
| | ungültige Stimmzettel: | 5 |
| | gültige Stimmzettel: | 30 |

Bekanntgabe des Wahlergebnisses:

Von den gültigen Stimmzetteln lauten

30 Stimmen auf Erwin Kube

Bürgermeister Laab fragt den neuen Stadtrat, ob er die Wahl annimmt.

StR Kube Erwin nimmt die Wahl an und somit ist

Kube Erwin zum neuen Mitglied des Stadtrates gewählt.

3.) Ergänzungswahl in die Gemeinderatsausschüsse

Aufgrund des Ausscheidens von Herrn Daniel Krammer und von Frau Silvia Blihall aus dem Gemeinderat sind folgende Ausschüsse neu zu besetzen:

I. Finanzen

II. Kultur

III. Bauwesen und Straßen

V. Soziales, Generationen, Integration, Schulen und Forschung

VI. Stadtentwicklung, Verkehr und Liegenschaftsmanagement

VIII. Sport und Freizeit

Prüfungsausschuss

Für die Besetzung der Ausschüsse wurden von der FPÖ-Fraktion und von der SPÖ-Fraktion folgende Personen nominiert:

I. Finanzen

StR Kube Erwin

statt Krammer Daniel

II. Kultur

GR Gübler Gerda

statt Blihall Silvia

III. Bauwesen und Straßen

GR Mayer Wolfgang

statt StR Kube Erwin

V. Soziales, Generationen, Integration, Schulen und Forschung

GR Gübler Gerda

statt Blihall Silvia

VI. Stadtentwicklung, Verkehr und Liegenschaftsmanagement

GR Mayer Wolfgang

statt StR Kube Erwin

VIII. Sport und Freizeit

StR Kube Erwin

statt Krammer Daniel

Prüfungsausschuss

GR Gübler Gerda

statt Blihall Silvia

Der Gemeinderat der Stadt Stockerau hat die Wahl in die Ausschüsse durchzuführen.
Die Wahl in die Ausschüsse erfolgt geheim und mit Stimmzettel.

Gemeinderätin Kracher-Schramm: Darf ich nur ganz kurz, weil Kollege Mayer heute nicht hier ist an einem sehr wichtigen Tag. Es ist so, dass es seiner Mama nicht gut geht. Es ist wirklich sehr ernst und er möchte bei ihr sein. Ich danke für Ihr Verständnis.

Bürgermeister Laab bedankt sich für die Information.

Die Vertrauenspersonen StR Holzer und StR Kronberger werden zur Beurteilung der Gültigkeit der Stimmzettel beigezogen.

Stimmzettel werden ausgeteilt.

| | | |
|-----------------------------|-------------------------|----|
| Die Wahl wird durchgeführt: | abgegebene Stimmzettel: | 36 |
| | ungültige Stimmzettel: | 2 |
| | gültige Stimmzettel: | 34 |

Bekanntgabe des Wahlergebnisses.

Der eingebrachte Wahlvorschlag wird mit 34 Stimmen angenommen.

IV. Bericht des Prüfungsausschusses

Gemeinderat Falb: Bericht über die am 26. Juni 2015 in der Stadtgemeinde Stockerau angesagte Gebarungsprüfung durch den Prüfungsausschuss.

Anwesend:

Mitglied des Prüfungsausschusses (Vorsitzender) GR Mag. Falb Martin
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Kopf Eleonore
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Blihall Silvia
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Hellwein Christian
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Pollak Daniel
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Minibeck Manfred
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Mag. Straka Andreas
Buchhaltungsdirektor Zimmermann Walter

Entschuldigt:

Mitglied des Prüfungsausschusses GR Dummer Gerhard
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Glasl Markus

I. ISTBESTÄNDE lt. beiliegendem Tagesbericht vom 01.06.2015 € -11.509.105,53.

II.SOLLBESTÄNDE

| | | |
|------------------------------|-----------------|--|
| PSK 7332.355 | € 9.154,59 | |
| RB 9001 | € 210.755,13 | |
| RAIBA 1000 Jahre Stockerau | € 5.690,19 | |
| RAIBA Fischaufstiegshilfe | € 19.732,80 | |
| RAIBA PV-Anlage | € 17.575,00 | |
| BA-CA/Kassenkredit | € 0,00 | |
| BA-CA/Straßenbau | € 6,84 | |
| BA-CA/Bankomatzlg. | € 84.203,30 | |
| BA-CA/Pflegeheim | € 139.133,37 | |
| BA-CA/Kartenverkauf | € 55.962,39 | |
| BA-CA/Organstrafen | € 125.333,00 | |
| BA-CA/Wertpapiere | € 93,69 | |
| BA-CA/Grundstücke | € 6,84 | |
| Baukonto ABA BA 17 | € 0,00 | |
| Baukonto WVA BA 09 | € 0,00 | |
| BAWAG PSK - ABA BA 18 | € 0,00 | |
| BAWAG PSK - Nachmittagsbetr. | € 0,00 | |
| BA-CA/Kontokorrentkred. | € 0,00 | |
| Gesamteinnahmen | € 17.270.528,70 | |

| | verbuchte Ausgaben | nicht verbuchte Ausgaben |
|------------------------------|--------------------|--------------------------|
| BA-CA/Stadtgemeinde | € 20.830.784,47 | |
| KASSA | € 135.690,79 | |
| PSK 7332.355 | € 399.614,67 | |
| RB 9001 | € 208.126,75 | |
| RAIBA 1000 Jahre Stockerau | € 432,94 | |
| RAIBA Fischaufstiegshilfe | € 99.173,23 | |
| RAIBA PV-Anlage | € 28.769,91 | |
| BA-CA/Kassenkredit | € 0,00 | |
| BA-CA/Straßenbau | € 6,84 | |
| BA-CA/Bankomatzlg. | € 81.432,66 | |
| BA-CA/Pflegeheim | € 138.066,72 | |
| BA-CA/Kartenverkauf | € 34.149,16 | |
| BA-CA/Organstrafen | € 123.020,30 | |
| BA-CA/Wertpapiere | € 93,69 | |
| BA-CA/Grundstücke | € 6,84 | |
| Baukonto ABA BA 17 | € 0,00 | |
| Baukonto WVA BA 09 | € 0,00 | |
| BAWAG PSK - ABA BA 18 | € 0,00 | |
| BAWAG PSK - Nachmittagsbetr. | € 700.265,26 | |
| BA-CA/Kontokorrentkred. | € 6.000.000,00 | |
| Gesamtausgaben | € 28.779.634,23 | |

| | | |
|------------------------------------|------------------|--|
| Gesamteinnahmen- Gesamtausgaben | -€ 11.509.105,53 | |
|------------------------------------|------------------|--|

Aus der Gegenüberstellung von Istbestand lt. Tagesbericht und Sollbestand ergibt sich eine vollständige Übereinstimmung.

Der Prüfungsausschuss weist darauf hin, dass gemäß § 79 der nö. Gemeindeordnung die Kassenkredite ein Zehntel der veranschlagten Einnahmen des ordentlichen Haushaltes nicht übersteigen dürfen. Das wären – umgelegt auf die Stadtgemeinde Stockerau - € 4.732.910,-, gegenüber, wie gesagt, € 11.509.105,53.

III. Follow up-Prüfung zu den Sitzungen des Prüfungsausschusses am 5. Dezember 2014 und am 16. März 2015

Seitens der SPÖ Stockerau wurde per 11.03.2015 eine Summe von € 2.209,74 bezugnehmend auf eine Apfelverteilkaktion der SPÖ im vergangenen Gemeinderatswahlkampf und per 11.03.2015 eine Summe von € 6.409,95 für die SPÖ-Aktion „Gratis-WLAN“ im Wahlkampf an die Stadtgemeinde Stockerau überwiesen.

IV. Ersatzabgaben für Kinderspielplätze und PKW-Stellplätze

An dieser Prüfungshandlung nahm Ing. Vasicek vom Bauamt teil und erteilte die erforderlichen Auskünfte.

Privaten Bauwerbern werden – beruhend auf der NÖ Bauordnung - gemäß Verordnungen der Stadtgemeinde Stockerau vom 27.12.2005 (Kinderspielplätze) und vom 16.06.2010 (Stellplätze) Ersatzabgaben berechnet.

Laut Mitteilung von Dir. Zimmermann und von Ing. Vasicek werden die Stellplatz-Ersatzabgaben i.H. v. € 6.375,- je Stellplatz den betroffenen Bauwerbern zur Gänze in Rechnung gestellt.

Hinsichtlich der Ausgleichsabgabe für Kinderspielplätze kommt es gem. § 66/4 2. Anstrich NÖ Bauordnung regelmäßig zu Vereinbarungen zwischen Bauwerbern und der Stadtgemeinde Stockerau, wonach von der Errichtung nichtöffentlicher Spielplätze bei Neubauten unter der Bedingung Abstand genommen werden kann, dass der Bauwerber einen Kostenbeitrag zur Errichtung bzw. zur Erhaltung oder der Ausstattung eines bereits errichteten Kinderspielplatzes leistet. Die Höhe dieser vertraglich vereinbarten Zahlungen liegt – so Ing. Vasicek – in der Regel in einer Höhe von 30% bis 35% der verordnungsmäßig fälligen Ausgleichsabgaben i.H. v. € 200,-/m² (KG Stockerau und Unterzögersdorf) bzw. € 100,-/m² (KG Oberzögersdorf).

Der Prüfungsausschuss empfiehlt, angesichts der Budgetsituation der Stadtgemeinde Stockerau eine Anhebung dieses Prozentsatzes zu prüfen.

V. Forderungen und Außenstände der Stadtgemeinde Stockerau

Gemeinderat Falb: Ich bitte, an dieser Stelle meinen Bericht unterbrechen zu dürfen und im nicht öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung fortzusetzen.

Beschluss: **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

V. Anträge des Bürgermeisters

1.) Ehrungen sowie Dank und Anerkennung an ausgeschiedene Stadt- und Gemeinderäte

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund ihrer langjährigen Tätigkeit im Gemeinderat und der nachweislich erworbenen Verdienste um die Stadtgemeinde Stockerau sollen durch den Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau folgende Personen geehrt werden.

Ehrennadel in Silber

Frau Vizebgm. a.D. Christa NIEDERHAMMER

20 Jahre im Gemeinderat

Gemeinderätin vom 06.04.1995 bis 31.03.2005

2. Vizebürgermeisterin vom 30.03.2005 bis 04.03.2015

Stadträtin vom 04.03.2015 bis 16.06.2015

Weiters soll **Dank und Anerkennung** ausgesprochen werden, an:

Herrn Stadtrat a.D. Daniel KRAMMER

5 Jahre im Gemeinderat - Gemeinderat vom 27.04.2010 bis 04.03.2015

Stadtrat vom 04.03.2015 bis 06.08.2015

Frau Gemeinderätin a.D. Silvia BLIHALL

2 ½ Jahre im Gemeinderat - Gemeinderätin vom 10.01.2013 bis 28.08.2015

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

| | | |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |
| Stimmenthaltung: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |
| Prostimmen: | SPÖ | 17 |
| | ÖVP | 12 |
| | FPÖ | 3 |
| | GRÜNE | 3 |
| | NEOS | 1 |

2.) KIG Stockerau – Änderung der Errichtungserklärung

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Es ist vorgesehen, die Errichtungserklärung im Punkt X – Aufsichtsrat wie folgt abzuändern:

Punkt X. Aufsichtsrat sollte in der Ziffer 1, Absatz 1 wie folgt geändert werden:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der sich aus den für die jeweiligen für die Legislaturperiode bestimmten Mitgliedern des Stadtrates und dem Bürgermeister der Stadt Stockerau zusammensetzt.

Zusätzlich erhält jede im Gemeinderat vertretene Partei der Stadt Stockerau einen Sitz im Aufsichtsrat der Gesellschaft.

Bei Verzicht eines Aufsichtsrates auf sein Aufsichtsratsmandat kann jene Partei, der er ursprünglich angehört hat, ein andere Person namhaft machen.

Es darf je im Gemeinderat vertretener Partei nur ein Aufsichtsratsmitglied nicht dem Gemeinderat angehören.

Aufsichtsratsmitglieder, die nicht dem Gemeinderat angehören, haben als fachliche Befähigung eine für die KIG einschlägige berufliche, schulische oder akademische Ausbildung aufzuweisen.

Punkt 10. Aufsichtsrat, Ziffer 4 sollte dahingehend geändert werden:

Die Sitzungen des Aufsichtsrates finden am Sitz der Gesellschaft statt, sofern der Aufsichtsrat nichts anderes beschließt. Die Sitzungen des Aufsichtsrates werden vom Vorsitzenden oder bei dessen Verhinderung von einem Stellvertreter grundsätzlich durch eingeschriebenen Brief oder Fax oder E-Mail unter Einhaltung einer mindestens siebentägigen Einberufungsfrist einberufen.

Der Antrag lautet: Die oben angeführten Änderungspunkte werden beschlossen.

Gemeinderat Straka: Nun sollen, wie eigentlich auch schon der bisherigen Errichtungserklärung zu entnehmen war, Personen, die nicht dem Gemeinderat angehören, in den Aufsichtsrat der KIG entsandt werden können. Dadurch wird sich die Zahl der AufsichtsrätInnen auf 13 erhöhen.

Wir können mit dieser Änderung leben, sind jedoch auch weiterhin der Meinung, dass ein kleiner Aufsichtsrat (1er pro Fraktion) aus fachkundigen Personen für die KIG die beste Lösung wäre. Den Nachweis der Sachkundigkeit müssen laut Errichtungserklärung allerdings nur jene Personen erbringen, die nicht im Gemeinderat vertreten sind.

Der OGH sagt dazu: Jedes Aufsichtsratsmitglied muss über das Wissen und die Erfahrung verfügen, die zur kompetenten Bewältigung der dem Aufsichtsrat übertragenen Aufgaben erforderlich sind (OGH 1 Ob 144/01 k).

Der Aufsichtsrat haftet für den Mangel jener Sorgfalt, die man nach Lage der Dinge von einem Menschen erwartet, der in geschäftlichen und finanziellen Belangen ein größeres Maß an Erfahrung und Wissen als ein durchschnittlicher Kaufmann hat und die Fähigkeit besitzt, schwierige rechtliche und wirtschaftliche Zusammenhänge zu erkennen und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft zu beurteilen.

Ein kleiner Aufsichtsrat würde auch der Forderung des Bürgermeisters vom Mai dieses Jahres entsprechen, den Aufsichtsrat zu entpolitisieren – denn mit der jetzigen Lösung wird der Aufsichtsrat wieder proporzmäßig besetzt.

Stadtrat Moser: Eigentlich wollte ich beginnen, indem ich mich dem Vorredner anschließe, weil es wirklich eine schwere Geburt war. Ich wollte allen Fraktionen danken, die an dem Zustandekommen des jetzt vorliegenden Vorschlages mitgewirkt haben. Auch die GRÜNEN waren dabei und haben diese Bedenken nur am Rande eigentlich angemerkt bei den Vorbereitungsitzungen. Ich denke, die heutige Einigung, so wie sie zustande kommt, ist ein schönes Zeichen, dass man auch in wirtschaftlich und politisch angespannten Situationen, wie wir sie hier in Stockerau haben, etwas zusammenbringen kann, wenn man zusammenarbeiten will. Ich denke, es ist in dieser Frage wirklich gut gelungen. Es war eine schwere Geburt, aber wir haben eben jetzt einen Vorschlag, mit dem wir, so habe ich es mitgenommen bei der letzten Sitzung vor einer Woche, alle gut leben können. Es ist ein Zeichen der Öffnung, es ist ein Zeichen der Professionalisierung, und mein Wunsch ist eigentlich nur an alle, die jetzt neu dazu kommen, dass die KIG eben nicht Spielball von rein juristischen Auseinandersetzungen wird, dass die KIG nicht Spielball von kleinlichen parteipolitischen Auseinandersetzungen wird, sondern dass die KIG nach Möglichkeit aus dem politischen Hick Hack herausgehalten wird, weil es geht um wichtige Dinge. Es geht um viel Geld auf der einen Seite und es geht um die wichtigen Wohnbedürfnisse für unsere Bevölkerung andererseits. Ich denke, die Persönlichkeiten, die bei uns im Aufsichtsrat sitzen, haben sehr gute Kenntnis der regionalen

Situation. Das ist auch nicht zu vernachlässigen als Qualifikation, wenn man die Gebäude, ihre Stärken, ihre Schwächen kennt, lange kennt. Ich würde das nicht einfach so hinwegwischen. Meiner Meinung nach kann man auf das, was wir zustande gebracht haben, zumindest ein bisschen stolz sein. Wir haben in den letzten Monaten nicht immer einstimmige Ergebnisse gehabt, wenn ich das mit einem Schmunzeln sagen darf. Ich denke, dass wir damit durchaus ein Fundament gelegt haben, mit der KIG in eine weniger turbulente Zukunft zu gehen. Nochmals Danke an alle, die mitgewirkt haben, und alles Gute für die, die neu in dem Gremium vertreten sein werden.

Bürgermeister Laab: Ich möchte noch als Nachsatz anmerken, dass ich genau diese Meinung vertrete und dass ich das, was Sie (StR Moser) jetzt gesagt haben, unterstütze. Ich finde, dass das die richtigen Worte waren.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

| | | |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |
| Stimmenthaltung: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |
| Prostimmen: | SPÖ | 17 |
| | ÖVP | 12 |
| | FPÖ | 3 |
| | GRÜNE | 3 |
| | NEOS | 1 |

3.) Schaumannngasse 3 – gerichtlicher Vergleich – Parkplatzmieten

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Im Zusammenhang mit der Errichtung der Außenanlagen für das Wohngebäude Schaumannngasse 3 wurde im Jahr 2000 auch eine Teilfläche neben dem Parkdeck für die Wohnhausanlage Schaumannngasse 1 mitasphaltiert. Auf dieser Fläche wurden insgesamt 15 Parkplätze markiert und von der Stadtgemeinde Stockerau vermietet. Nach dem diese Teilfläche im

Eigentum der Liegenschaft Schaumanngasse 1 steht und die Asphaltierung dieser Fläche von der Stadtgemeinde Stockerau finanziert wurde, sollten die Mieteinnahmen für die Rückzahlung der Asphaltierungskosten herangezogen werden.

Seit dem Jahr 2004 wurde von den Eigentümernvertretern der Wohnhausanlage Schaumanngasse 1 die Rückerstattung der, ihrer Meinung nach, zu Unrecht von der Stadtgemeinde Stockerau eingehobenen Mieten verlangt.

Nach unzähligen Gesprächsrunden zwischen den Eigentümernvertretern, der Gebös und der Stadtgemeinde Stockerau konnte keine Einigung erzielt werden.

Nach Auffassung der Stadtgemeinde Stockerau wurden für die Errichtung der Parkplätze Investitionen in der Höhe von € 34.713,00 getätigt. Dem stehen Mieteinnahmen bis zum Jahr 2012 in der Höhe von € 30.266,24 gegenüber. Die Mieteinnahmen wurden seitens der Stadtgemeinde Stockerau mit Stichtag 30. Juni 2012 gestoppt, um den Ausgang der Streitigkeiten mit den Eigentümernvertretern abzuwarten.

Seitens der Eigentümernvertreter wurden die Errichtungskosten in dieser Höhe nicht akzeptiert sondern ein Beitrag in der Höhe von max. € 5.000,00 vorgeschlagen, dieser wiederum erscheint der Stadtgemeinde Stockerau viel zu gering.

Anfang des Jahres 2014 haben die Eigentümernvertreter der Wohnhausanlage der Schaumanngasse 1 den Rechtsanwalt Dr. Heinz Stöger mit der Durchsetzung Ihrer Interessen beauftragt. Nach dem auch mit Herrn Dr. Stöger keine Einigung erzielt werden konnte und Herr Dr. Stöger ankündigte, seine Forderungen gerichtlich einzuklagen, wurde von der Stadtgemeinde Stockerau der Rechtsanwalt Dr. Thomas Fuherr beauftragt, die Interessen der Stadtgemeinde Stockerau zu vertreten.

Mit Schreiben vom 24. April 2015 erging vom Landesgericht Korneuburg der bedingte Zahlungsbefehl an die Stadtgemeinde Stockerau, die Forderung der klagenden Partei in der Höhe von € 31.319,49 zu begleichen. Seitens des Rechtsvertreters der Stadtgemeinde Stockerau wurde gegen diese Zahlungsbefehl berufen und erfolgte am 30. Juni 2015 die mündliche Streitverhandlung am Landesgericht Korneuburg.

Dabei konnte ein Vergleich ausgehandelt werden. Bei diesem wird die Stadtgemeinde Stockerau verpflichtet der klagenden Partei € 12.500,00 zu überweisen. Weiters sind von der Stadtgemeinde Stockerau verglichene Prozesskosten in der Höhe von € 4.307,00 zu bezahlen. Insgesamt sind demnach € 16.807,00 zu begleichen. Das Honorar für die Leistungen von Herrn Dr. Fuherr betragen € 3.157,92.

Gemeinderat Pfeiler: Die Vorgangsweise der Stadtverwaltung in dieser Causa ist mehrfach sehr bedenklich. 1. wurden offenbar ohne vertragliche und grundbücherliche Grundlagen Flächen des Nachbargrundstückes asphaltiert und genutzt und dafür auch Parkplatzmieten erhoben. Bemerkenswert ist darüber hinaus auch, dass hier Klagen der Stadtgemeinde Stockerau, mit Ihnen Herr Bürgermeister an der Spitze, gegen die Gebös, in der Sie Herr Bürgermeister maßgebliche Funktionen haben, eingebracht wurden. Es ist in Summe ein sehr eigenartiges Bild. Ich werde daher diesem Vergleich nicht zustimmen.

Beschluss:

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis:

| | | |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 3 |
| | NEOS | 0 |
| Stimmenthaltung: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 1 |
| Prostimmen: | SPÖ | 17 |
| | ÖVP | 12 |
| | FPÖ | 3 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |

4.) Löschungserklärung – Böck Hans und Dagmar

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Ob der dem Böck Hans, geb. 02.04.1943 und der Böck Dagmar, geb. 21.07.1950 je zur Hälfte gehörenden Liegenschaft im Grundbuch der Katastralgemeinde 11142 Stockerau, Einlagezahl 4453 ist unter CLNr. 1 a das Wiederkaufsrecht für die Stadtgemeinde Stockerau einverleibt.

Die Stadtgemeinde Stockerau, durch die gefertigten Vertreter, soll hiermit ihre ausdrückliche Einwilligung erteilen, dass ohne ihr ferneres Einvernehmen und nicht auf ihre Kosten die Löschung des Wiederkaufsrechtes ob der vorstehend näher erwähnten Liegenschaft Einlagezahl 4453 des Grundbuches über die Katastralgemeinde Stockerau einverleibt und alle darauf bezughabenden Anmerkungen gelöscht werden können.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

| | | |
|---------------|-------|---|
| Gegenstimmen: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |

| | | |
|---------------|-------|----|
| Stimmhaltung: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |
| Prostimmen: | SPÖ | 17 |
| | ÖVP | 12 |
| | FPÖ | 3 |
| | GRÜNE | 3 |
| | NEOS | 1 |

5.) Löschungserklärung – Bugl Franz und Helga

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Ob der dem Bugl Franz, geb. 29.11.1938 und der Bugl Helga, geb. 18.02.1942 je zur Hälfte gehörenden Liegenschaft im Grundbuch der Katastralgemeinde 11142 Stockerau, Einlagezahl 3859 ist unter CLNr. 1 a das Wiederkaufsrecht für die Stadtgemeinde Stockerau einverleibt.

Die Stadtgemeinde Stockerau, durch die gefertigten Vertreter, soll hiermit ihre ausdrückliche Einwilligung erteilen, dass ohne ihr ferneres Einvernehmen und nicht auf ihre Kosten die Löschung des Wiederkaufsrechtes ob der vorstehend näher erwähnten Liegenschaft Einlagezahl 3859 des Grundbuches über die Katastralgemeinde Stockerau einverleibt und alle darauf bezughabenden Anmerkungen gelöscht werden können.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

| | | |
|---------------|-------|---|
| Gegenstimmen: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |
| Stimmhaltung: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |

| | | |
|-------------|-------|----|
| Prostimmen: | SPÖ | 17 |
| | ÖVP | 12 |
| | FPÖ | 3 |
| | GRÜNE | 3 |
| | NEOS | 1 |

6.) Löschungserklärung – Kraus Gertrude

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Ob der der Kraus Gertrude, geb. 12.04.1937 zur Gänze gehörenden Liegenschaft im Grundbuch der Katastralgemeinde 11142 Stockerau, Einlagezahl 3833 ist unter CLNr. 1 a das Wiederkaufsrecht für die Stadtgemeinde Stockerau einverleibt.

Die Stadtgemeinde Stockerau, durch die gefertigten Vertreter, soll hiermit ihre ausdrückliche Einwilligung erteilen, dass ohne ihr ferneres Einvernehmen und nicht auf ihre Kosten die Löschung des Wiederkaufsrechtes ob der vorstehend näher erwähnten Liegenschaft Einlagezahl 3833 des Grundbuches über die Katastralgemeinde Stockerau einverleibt und alle darauf bezughabenden Anmerkungen gelöscht werden können.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

| | | |
|---------------|-------|---|
| Gegenstimmen: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |

| | | |
|------------------|-------|---|
| Stimmenthaltung: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |

| | | |
|-------------|-------|----|
| Prostimmen: | SPÖ | 17 |
| | ÖVP | 12 |
| | FPÖ | 3 |
| | GRÜNE | 3 |
| | NEOS | 1 |

7.) Löschungserklärung – Schneps Ernst

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Ob der dem Schneps Ernst, geb. 30.12.1955 zur Gänze gehörenden Liegenschaft im Grundbuch der Katastralgemeinde 11142 Stockerau, Einlagezahl 3582 ist unter CLNr. 1 a das Wiederkaufsrecht für die Stadtgemeinde Stockerau einverleibt.

Die Stadtgemeinde Stockerau, durch die gefertigten Vertreter, soll hiermit ihre ausdrückliche Einwilligung erteilen, dass ohne ihr ferneres Einvernehmen und nicht auf ihre Kosten die Löschung des Wiederkaufsrechtes ob der vorstehend näher erwähnten Liegenschaft Einlagezahl 3582 des Grundbuches über die Katastralgemeinde Stockerau einverleibt und alle darauf bezughabenden Anmerkungen gelöscht werden können.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

| | | |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |
| Stimmenthaltung: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |
| Prostimmen: | SPÖ | 17 |
| | ÖVP | 12 |
| | FPÖ | 3 |
| | GRÜNE | 3 |
| | NEOS | 1 |

VI. Anträge des Stadtrates

a) Finanzen

1.) 2. Nachtragsvoranschlag 2015

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der 2. Nachtragsvoranschlag 2015 der Stadtgemeinde Stockerau enthält im **Ordentlichen Haushalt** folgende Änderungen:

| HIN ANSATZ | POST | ANSBEZ | POSTBEZ | A | Begründung | |
|------------|--------|--------|--|--|-----------------|-----------------------------------|
| | | | Ausgaben | | | |
| 1 | 19000 | 728000 | Repräsentation | Entg.f.sonst.Leist.v. Gewerbetreib. und Firmen | -25.000 | Open Air Rathausplatz |
| 1 | 179000 | 728000 | sonstige Einrichtungen und Maßnahmen | Entg.f.sonst.Leist.v. Gewerbetreib. und Firmen | 10.000 | Hochwasserschutz/Grundw.unters. |
| 1 | 211100 | 728100 | Volksschule Wondrak | Entgelte für sonstige Leistungen Nachmittagsbetr | 25.000 | Nachm.Betreuung-Stundenausweitung |
| 1 | 211200 | 728100 | Volksschule West | Entgelte für sonstige Leistungen Nachmittagsbetr | 32.000 | Nachm.Betreuung-Stundenausweitung |
| 1 | 250000 | 757000 | Schülerhorte - Kindergruppe Kunterbunt | Beitrag a.priv.Inst. ohne Erwerbscharakter | -15.000 | Kunterbunt |
| 1 | 259000 | 346000 | sonstige Einrichtungen und Maßnahmen | Investitionsdarlehen von Kreditinstituten | -9.200 | Umstellung Fälligkeiten PSK-Darl. |
| 1 | 259000 | 650000 | sonstige Einrichtungen und Maßnahmen | Zinsen für Finanzschulden - Inland | -1.000 | Umstellung Fälligkeiten PSK-Darl. |
| 1 | 263000 | 700100 | Turn- und Sporthallen | Mietzinse KIG | 18.000 | BK-Abr. |
| 1 | 264000 | 614000 | Eislaufplätze u.-Hallen, Kunsteislaufplatz | Instandhaltung von Gebäuden | 7.000 | Wartung Kälteanlage |
| 1 | 363000 | 726000 | Altstadterhaltung und Ortsbildpflege | Mitgliedsbeiträge an Institutionen | 18.000 | Dorf-u.Stadtern. 2.TB.2014 |
| 1 | 420000 | 346000 | Altenheime | Investitionsdarlehen von Kreditinstituten | -8.800 | Umstellung Fälligkeiten PSK-Darl. |
| 1 | 510000 | 728000 | Medizinische Bereichsversorgung | Entg.f.sonst.Leist.v. Gewerbetreib. und Firmen | -31.000 | Heimhilfe |
| 1 | 552100 | 701000 | Standardkrankenanstalten Errichtungsauf | Pachtzinse | -8.000 | Leasing |
| 1 | 612000 | 346000 | Gemeindestraßen | Investitionsdarlehen von Kreditinstituten | -70.000 | Umstellung Fälligkeiten PSK-Darl. |
| 1 | 612000 | 650000 | Gemeindestraßen | Zinsen f.Finanzschulden Inland | -21.500 | Umstellung Fälligkeiten PSK-Darl. |
| 1 | 816000 | 346000 | öffentl. Beleuchtung u. öffentliche Uhren | Investitionsdarlehen von Kreditinstituten | -4.000 | Umstellung Fälligkeiten PSK-Darl. |
| 1 | 833000 | 346000 | Hallenbäder | Investitionsdarlehen von Kreditinstituten | -5.000 | Umstellung Fälligkeiten PSK-Darl. |
| 1 | 840000 | 346000 | Grundbesitz | Investitionsdarlehen von Kreditinstituten | -13.300 | Umstellung Fälligkeiten PSK-Darl. |
| 1 | 840000 | 650000 | Grundbesitz | Zinsen f.Finanzschulden Inland | -2.600 | Umstellung Fälligkeiten PSK-Darl. |
| 1 | 850000 | 346000 | Wasserversorgung | Investitionsdarlehen von Kreditinstituten | -60.900 | Umstellung Fälligkeiten PSK-Darl. |
| 1 | 850000 | 650000 | Wasserversorgung | Zinsen f.Finanzschulden Inland | -12.900 | Umstellung Fälligkeiten PSK-Darl. |
| 1 | 851000 | 346000 | Abwasserbeseitigung | Investitionsdarlehen von Kreditinstituten | -87.500 | Umstellung Fälligkeiten PSK-Darl. |
| 1 | 851000 | 650000 | Abwasserbeseitigung | Zinsen f.Finanzschulden Inland | -19.300 | Umstellung Fälligkeiten PSK-Darl. |
| 1 | 852100 | 346000 | Müllabfuhr - Abfallbeseitigung | Investitionsdarlehen von Kreditinstituten | -60.600 | Umstellung Fälligkeiten PSK-Darl. |
| 1 | 852100 | 650000 | Müllabfuhr - Abfallbeseitigung | Zinsen f.Finanzschulden Inland | -12.900 | Umstellung Fälligkeiten PSK-Darl. |
| 1 | 852200 | 346000 | Mülldeponie | Investitionsdarlehen von Kreditinstituten | -25.000 | Umstellung Fälligkeiten PSK-Darl. |
| 1 | 852200 | 650000 | Mülldeponie | Zinsen f.Finanzschulden Inland | -1.000 | Umstellung Fälligkeiten PSK-Darl. |
| 1 | 853000 | 346000 | Wohn- und Geschäftsgebäude | Investitionsdarlehen von Kreditinstituten | -50.500 | Umstellung Fälligkeiten PSK-Darl. |
| 1 | 853000 | 650000 | Wohn- und Geschäftsgebäude | Zinsen f.Finanzschulden Inland | -11.200 | Umstellung Fälligkeiten PSK-Darl. |
| 1 | 894000 | 43000 | Veranstaltungszentrum 2000 | Betriebsausstattung | 8.000 | Bühne |
| 1 | 894000 | 614000 | Veranstaltungszentrum 2000 | Instandhaltung von Gebäuden | 15.000 | Lüftungsanlage Bräuhaus |
| 1 | 894000 | 701000 | Veranstaltungszentrum 2000 | Pachtzinse | -30.000 | Bühne |
| 1 | 900000 | 640000 | gesonderte Verwaltung | Rechtskosten | 45.000 | Collatio/Rechtsvertr.Musikschull. |
| | | | SUMME | | -408.200 | |
| | | | Einnahmen | | | |
| 2 | 19000 | 810000 | Repräsentationen | Leistungserlöse | -30.000 | Open Air Rathausplatz |
| 2 | 19000 | 813000 | Repräsentationen | Nebenerlöse | -13.000 | Open Air Rathausplatz |
| 2 | 814000 | 817000 | Straßenreinigung | Kostenbeitr.f.sonst. Verwaltungsleistungen | 11.000 | Winterdienstersatz |
| 2 | 840000 | 829100 | Grundbesitz | sonstige Einnahmen | 7.000 | Etschäd.Zahlung EVN |
| 2 | 9800 | 9600 | Zuführungen | Formeller Haushaltsausgleich | -383.200 | Reduzierung BZ-Mittel |
| | | | SUMME | | -408.200 | |

Bei den Vorhaben im außerordentlichen Haushalt wurden folgende Änderungen vorgenommen:

| | |
|---|----------|
| Vorhaben 23 – Europakindergarten: | |
| Kosten für die Adaptierung von neuen Gruppen | € 50.200 |
| Vorhaben 71 – Bauhof: | |
| Abwicklung/Endabrechnung PV-Anlage am Bauhof | € 49.300 |
| Vorhaben 73 – Bücherei: | |
| Aufwand für die neue Bücherei im Belvederschlossl | € 93.000 |

Die oben angeführten Änderungen bei Tilgung und Zinsen bzw. Zuzählung wurde in den Schuldendienst eingearbeitet und bildet einen Bestandteil des Nachtragsvoranschlages.

Der 2. Nachtragsvoranschlag 2015 ist in der Zeit vom 24.8.2015 bis einschließlich 7.9.2015 zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt. Zu Beginn der Auflagefrist wurde jeder im Gemeinderat vertretenen Partei ein Konzept des Nachtragsvoranschlages übermittelt.

Es wird der Antrag gestellt, den 2. Nachtragsvoranschlag 2015 in der vorliegenden Form zu genehmigen.

Gemeinderätin Trabauer: Ich finde es gut, dass man für die Kinder in Stockerau sorgt und schaut, dass sie untergebracht und versorgt werden. Jedoch finde ich es aber doch irgendwo persönlich sehr schade, dass man € 50.000,-- für eine provisorische Adaptierung von 9 Räumlichkeiten investiert. Meine persönliche Frage eigentlich dazu, die ich mir gestellt habe, wäre das Geld nicht besser investiert gewesen, wenn man nicht neue Räumlichkeiten adaptiert sondern dieses Geld gleich in einen neuen Standort oder in ein neues Haus investiert?

Bürgermeister Laab: Es gibt ein gewisses Zeitproblem, weil es hier um die 2 1/2-jährigen Kinder geht, damit die betreut werden können. Wir haben für einen neuen Standort, soweit wir das mit dem Land NÖ besprochen haben mit einem 4-gruppigen Kindergarten oder größer, noch nicht den Bedarf, dass wir zum Zug gekommen wären. Es ist auch so, dass dieser Betrag nicht zur Gänze in die Adaptierung geht, sondern dass Teile davon wieder verwendet werden können, wenn es zu einem Neubau kommt. Wenn die Entwicklung so weiter geht, ist es richtig, dass man sich Gedanken machen muss, einen neuen Standort ins Auge zu fassen. Es sind diese Investitionen nicht ganz verloren bzw. sind es Adaptierungen, die bei einer Nachnutzung wieder verwendet werden können. Das sind auch die Kriterien gewesen, dass man sich zu diesem Projekt entschlossen hat.

Gemeinderat Dummer: Im Nachtragsvoranschlag ist auch enthalten, dass die Kosten für das Open Air Fest von veranschlagten € 10.000,-- auf jetzt real € 28.000,-- angestiegen sind. Also Kosten, die der Gemeinde aus dieser Veranstaltung erwachsen. Da wäre meine Frage dazu, ob in diesen Kosten auch die Kosten für die Werbung in Unserer Stadt enthalten sind und auch die Kosten für die Leistungen des Bauhofes, also ob das jetzt die Gesamtkosten sind, mit denen diese Veranstaltung abschließt, und ob geplant ist, diese Veranstaltung in der Form fortzusetzen oder ob Änderungen für das nächste Jahr geplant sind? Das Wetter war an sich gut,

also günstige Voraussetzungen für die Veranstaltung. Der finanzielle Erfolg ist aber offensichtlich deutlich hinter den Erwartungen geblieben.

Bürgermeister Laab: Es ist richtig, dass sich der finanzielle Erfolg nicht so eingestellt hat, wie es in den Erwartungen und Budgetierungen war. In Summe, was sich hier im Nachtragsvoranschlag niederschlägt, ist eine Gesamtreduzierung der Kosten, die vorher höher veranschlagt waren. Die Frage – es gibt hier noch keine Pläne, es hat sich auch noch kein Ausschuss damit befasst, ob im nächsten Jahr eine derartige Veranstaltung wieder durchgeführt werden soll bzw. wenn ja, dann wo – an welchem Standort sie durchgeführt werden soll. Der Rathausplatz beinhaltet auch einen sehr großen Aufwand und es gab von den Genehmigungen her mehr Verhandlungen, mit denen man vorher nicht so gerechnet hat. Der Rathausplatz hat teilweise keine Zustimmung gefunden und daher ist auch sehr zu überlegen, wenn man eine solche Veranstaltung wieder macht, wo man sie dann macht.

Gemeinderat Dummer: Die Sachleistungen der Gemeinde sind enthalten in diesen € 28.000,-- oder nicht?

Bürgermeister Laab: In den Budgetkosten ist das alles drinnen, wie es im Budget vorgelegt wurde. Nur die Gesamtzahlen haben sich verändert und die sind im Nachtragsvoranschlag berücksichtigt.

Stadtrat Moser: Weil einige Zuhörer das erste Mal da sind, Nachtragsvoranschlag heißt jetzt nicht große Budgetdebatte, sondern im Wesentlichen eine Diskussion über die Dinge, die sich verändern werden, und da war das eine der schlechtere Abschluss beim Open Air und das andere der Europakindergarten, der gerade zur Kenntnis gebracht wurde. Ich möchte den Focus auf den eigentlich größten Punkt dieses Nachtragsvoranschlages legen, nämlich die als solche benannte Umstellung der Fälligkeiten von Darlehen bei BAWAG/PSK, die relativ harmlos klingt, aber in Wahrheit eine gewisse Budgetkosmetik ist. Man verschiebt sozusagen die Ratenzahlungen. Man hat normalerweise 2 im Jahr und wir verschieben das um eins ins nächste Jahr, also um heuer aus dem Titel eine knappe halbe Million weniger Belastungen. Ich wollte das in dieser Form noch klarer zum Ausdruck bringen als möglicherweise das Wort "Umstellung der Fälligkeiten". Die Verbesserung, die aus diesem Nachtragsvoranschlag resultiert, erfolgt ausschließlich aus dieser sogenannten Umstellung der Fälligkeiten, also der Verschiebung in die kommenden Jahre. Es wird ja dann aufgeteilt auf die Folgejahre. Das wollte ich zum Ausdruck bringen, ansonsten verweise ich auf unsere Stellungnahmen zum Voranschlag insgesamt und auch zum 1. Nachtragsvoranschlag. Ich werde meiner Fraktion daher empfehlen, auch diesem Nachtragsvoranschlag nicht die Zustimmung zu erteilen.

Gemeinderat Dummer: Es ist noch eine Position im Nachtragsvoranschlag enthalten und zwar die Erhöhung der Rechtskosten von € 130.000,-- auf € 175.000,--, wobei es zu einer Erhöhung um € 45.000,-- durch eine Zahlung an die Fa. Collatio kommen soll. Jetzt wäre meine Frage – in diesen € 175.000,-- Rechtskosten – wie viel davon insgesamt entfallen auf die Fa. Collatio?

Bürgermeister Laab: Das Detail weiß ich jetzt nicht. Wir haben im Amtsbericht nur die Gesamtsumme. Solche Dinge sollte man in die nicht öffentliche Sitzung verweisen, weil es um Unternehmen und Beträge geht, die wir üblicherweise nicht in der Öffentlichkeit diskutieren. Man kann sagen, dass es sich aufteilt und dass die Kosten im Rahmen der Beauftragungen,

die wir schon durchgeführt haben und noch durchführen werden, entstehen, die am Jahresbeginn noch nicht bekannt waren.

Ich möchte noch auf die Ausführungen von Herr Dr. Moser eingehen. Grundsätzlich ist das alles korrekt, was Sie hier inhaltlich gesagt haben, nur das eine Wort "Kosmetik" hat mir nicht so gut gefallen. Für die Zuhörer, damit sie wissen, um was es geht – wir haben hier bis jetzt Termine für unsere Fälligkeiten im Juni und im Dezember gehabt. In einem Gemeindejahr sind aber die Einnahmen nicht in diesen Monaten, wo zu tilgen ist, sondern im März und im September. Da werden die Haus- und Grundbesitzabgaben und andere Gebühren eingehoben. Da ist es für die Gemeinde wesentlich leichter, diese Verpflichtungen zu erfüllen. Das ist der einzige Hintergrund, den wir zum Anlass genommen haben, das umzustellen, weil bei den Kreditaufnahmen darauf vergessen wurde oder nicht genügend darauf Wert gelegt wurde, den Termin für diese Verpflichtungen auf März und September zu legen, und jetzt nicht hier eine einmal Kosmetik durchzuführen, sondern dass wir unseren Verpflichtungen in den Folgejahren leichter nachkommen können.

Gemeinderat Pfeiler: Dennoch ist festzuhalten, ob jetzt Budgetkosmetik oder wie man es benennen will, man kann es auch als Budgetdoping für das heurige Jahr formulieren, um un-gute Effekte ins nächste Jahr hinauszuschieben und um sich ein bisschen Luft zu verschaffen. Es ist ein Blick auf die aktuelle finanzielle Lage unserer Gemeinde, weil die offenbar sehr schlecht ist, weil man sonst nicht darauf eingehen müsste.

Bürgermeister Laab: Sie haben natürlich die Möglichkeit des recht persönlichen Eindruckes, auch wenn es nicht stimmt, so wie auch vorher Ihre Wortmeldung nicht gestimmt hat, aber ich kann nicht alles dementieren, wo heute Sachen gesagt werden, die nicht richtig sind. Herr Dr. Moser hat es eh richtigerweise erwähnt – es werden die Beträge auf die Laufzeit aufgeteilt, es werden weder nach hinten diese Kredite verlängert. Es geht nach wie vor darum, dass uns der Wunsch der Buchhaltung und der Verwaltung etwas Wert sein soll, dass man sagt, wir erfüllen diesen Wunsch, damit wir diese Fälligkeiten ändern, damit die Arbeit und die Verpflichtungen leichter abgewickelt werden können. Dass es anders gesehen wird, ist ganz normal im politischen Alltag.

Beschluss:

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis:

| | | |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 12 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 3 |
| | NEOS | 0 |
| Stimmenthaltung: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |

| | | |
|-------------|-------|----|
| Prostimmen: | SPÖ | 17 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 3 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 1 |

2.) Auflösung GF48-Wertpapiere

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Nach der Entscheidung des Gemeinderates vom 17.06.2015 über die Auflösung der GF-48-KEST-freien-Investmentfonds-Papieren wurde von der Gemeindeabteilung des Landes NÖ um Rechtsauskunft ersucht, wie der Beschluss in Verbindung mit der NÖ Gemeindeordnung zu bewerten ist.

Hierzu wurde im Schreiben der NÖ Landesregierung vom 17.07.2015 festgehalten, dass für die Veräußerung gemäß § 51 Abs. 1 der NÖ Gemeindeordnung die Zustimmung von mehr als der Hälfte der in beschlussfähiger Anzahl anwesenden Mitglieder des Gemeinderates erforderlich ist.

Über die detaillierten Ausführungen wird auf den Amtsbericht vom 3.06.2015 (GR 17.06.2015) verwiesen.

Der aktualisierte Rechenwert per 24.08.2015 beträgt € 5,97/Stück – bei 261.000 Stück sind das € 1.558.170,--.

Die Auflösung der GF-48-KEST-freien-Investmentfonds-Papieren zum aktuellen Tageswert (per 24.08.2015 € 5,97 x 261.000 Stück ergibt € 1.558.170) und die teilweise Abdeckung des Kassenkredites auf dem Konto AT831200053788002276 wird genehmigt.

Gemeinderat Fischer: Wie bereits in der letzten Gemeinderatssitzung angemerkt, liegt die Rendite dieser Wertpapiere für das Jahr 2014 bei über 6,5%, die Kassenkredite kosten Zinsen von ca. 1,2%. D.h. diese Wertpapiere werfen im Jahr bei weitem mehr Rendite ab, als der Kassenkredit uns kostet. In Zukunft wird diese Rendite etwas zurückgehen. Trotzdem ist zu erwarten, dass die Rendite weiterhin über den Zinsen für Kassenkredite bleibt. D.h. diese Wertpapiere abzustoßen und mit dem Erlös Kassenkredite zurückzuzahlen, ist betriebswirtschaftlicher Humbug. Ich weigere mich, dem zuzustimmen.

Gemeinderat Pfeiler: Die GF-48-Wertpapiere wurden damals aus dem Verkauf der Sparkassa gebildet und war für Wirtschaftsentwicklungsinvestitionen vorgesehen und zweckgewidmet. Die Entnahmen wurden damals mit einer 2/3-Mehrheit gebunden. Diese Mehrheit kam in der letzten Beschlussvorlage nicht zustande. Eigenartig ist nun, dass durch die Auskunft des Landes NÖ diese 2/3-Freigabebestimmung, die wir uns hier im Gemeinderat auferlegt haben, ausgehebelt wurde. Die Mittel werden vermutlich in die Abgangsbedeckung zur Reduktion des Kassenkredites hineinlaufen. Da spielen dann die Dinge eine Rolle, die gerade Kollege

Fischer erwähnt hat. Mit der Auflösung des Zukunftsfonds begleichen wir eben die Abgänge aus den vergangenen Jahren und verlieren Investitionsspielräume für die Zukunft in der wachsenden Stadt.

Stadtrat Moser: Wie schon erwähnt wurde, haben wir diesen Tagesordnungspunkt bei der Juni-Sitzung gehabt. Unsere Fraktion hat damals das durchaus passende Bild mit dem Hans im Glück gebracht oder hat uns atmosphärisch nicht unbedingt weiter gebracht. Ich muss sagen, darum werden wir uns das heute klarerweise ersparen. Aber trotzdem muss man zur Kenntnis nehmen, es war einmal ein voller Topf, eine volle Rücklage, wo schon Mittel verwendet wurden, teilweise widmungsgemäß verwendet, teilweise nicht und etwas ist noch übriggeblieben. Wir bedauern sehr, dass dieser Fonds jetzt aufgelöst werden muss. Aber wir beugen uns in gewisser Weise den Notwendigkeiten. Ich verstehe das Argument von Herrn Dr. Fischer in wirtschaftlicher Hinsicht, aber dass gerade er diesen juristischen Punkt nicht aufgreift, dass wir uns in gesetzwidrigen Raum bewegen, wenn wir den Kassenkredit überzogen lassen. Wir wurden mehrmals darauf hingewiesen. Wir haben es heute vom Prüfungsausschuss auch wieder gehört. Wir alle sind hier in einer Verantwortung und müssen mit Bedauern hier die Konsequenzen ziehen. Wir hoffen und arbeiten daran, dass wir in Zukunft andere Wege für unsere Stadt finden werden. Diesmal sehen wir uns vor der Notwendigkeit, hier uns zu beugen.

Bürgermeister Laab: Ich möchte noch ergänzend sagen, dass natürlich der Einwand, wirtschaftlich gesehen, richtig ist, aber Herr Dr. Moser hat es ausgeführt, die Notwendigkeit überwiegt das wirtschaftliche Betrachten. Es soll in keiner Weise das Ziel aus den Augen verloren werden, in betrieblicher Hinsicht die Situation in dieser Stadt zu verbessern. Wir werden es natürlich weiter verfolgen, aber wenn die Notwendigkeit da ist und so gegeben ist, dann ist Handlungsbedarf auch gegeben.

Beschluss: **mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

| | | |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 3 |
| | NEOS | 1 |
| Stimmenthaltung: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |
| Prostimmen: | SPÖ | 17 |
| | ÖVP | 12 |
| | FPÖ | 3 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |

3.) Änderung Fälligkeiten der Annuitäten von Darlehen der BAWAG/PSK

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur besseren Liquiditätsplanung sollen die Fälligkeiten der Darlehensannuitäten von derzeit 30.06./31.12. sukzessive an die Zahlungseingänge der Haus- und Grundbesitzabgaben angepasst werden, und zwar 15.2., 15.5., 15.8. und 15.11.

Es wird daher vorgeschlagen, bei nachstehend angeführten Darlehen der BAWAG/PSK die Fälligkeit vom 30.06./31.12. auf den 01.03/01.09. ab September 2015 abzuändern.

| Ansatz | Darl.Nr. Gemeinde | Darl. Nr. BAWAG/PSK |
|--------|----------------------|--------------------------|
| 2401 | 1200915 | AT58 6000 0005 4002 7013 |
| 2590 | 1201215 | AT47 6000 0005 4004 9424 |
| 3621 | 1201409 | AT71 6000 0005 4006 1505 |
| 4200 | 1201202 | AT24 6000 0005 4004 7995 |
| 4210 | 2201410 | AT79 6000 0005 4005 7966 |
| 6120 | 1200901 | AT03 6000 0005 4002 0728 |
| 6120 | 1200912 | AT38 6000 0005 4002 5142 |
| 6120 | 1200902 | AT84 6000 0005 4002 7030 |
| 6120 | 1201002 | AT41 6000 0005 4003 4206 |
| 6120 | 1201404 | AT17 6000 0005 4005 6560 |
| 8160 | 1200903 | AT72 6000 0005 4002 3948 |
| 8330 | 2201214 | AT25 6000 0005 4004 9432 |
| 8400 | 2201213 | AT07 6000 0005 4004 8010 |
| 8500 | 2200803 | AT61 6000 0005 4001 6968 |
| 8500 | 2201212 | AT29 6000 0005 4004 8002 |
| 8500 | 2201313 | AT14 6000 0005 4005 3219 |
| 8500 | 2201314 | AT89 6000 0005 4005 3227 |
| 8500 | 2201312 | AT67 6000 0005 4005 3235 |
| 8500 | 2201317 | AT54 6000 0005 4005 4827 |
| 8510 | 2200214 | AT15 6000 0000 0116 9604 |
| 8510 | 2200505 | AT96 6000 0000 0117 9883 |
| 8510 | 2200813 | AT62 6000 0005 4001 6950 |
| 8510 | 1200912 | AT38 6000 0005 4002 5142 |
| 8510 | 2200905 | AT60 6000 0005 4002 5134 |
| 8510 | 2201312 | AT67 6000 0005 4005 3235 |
| 8510 | 2201316 | AT32 6000 0005 4005 4835 |
| 8510 | 2201406 | AT74 6000 0005 4005 9608 |
| 8521 | 2201104 | AT93 6000 0005 4004 4910 |
| 8521 | 2201114 | AT18 6000 0005 4004 4902 |
| 8521 | 2201306 | AT72 6000 0005 4005 1593 |
| 8522 | 2000207 | AT38 6000 0000 0110 2551 |
| 8530 | 2200908 | AT04 6000 0005 4002 0710 |
| 8530 | 2201315 | AT10 6000 0005 4005 4843 |
| 8590 | 2200909 | AT73 6000 0005 4002 3930 |

Es ergibt sich aufgrund dieser Fälligkeitsänderung - im Jahr 2015 wird eine anstatt zweier Annuitäten zur Bezahlung fällig - eine Reduktion des Aufwandes im ordentlichen Haushalt wie folgt:

| | | |
|--------------------------------|---|-------------|
| Kapitalrückführung (Post 3460) | € | -396.100,00 |
| Zinsaufwand (Post 6500) | € | -87.300,00 |

Da die Laufzeit der Darlehen seitens der Bank nicht verändert wurde, werden die Raten bis zum Laufzeitende geringfügig höher sein als bisher.

Sämtliche sich daraus ergebenden Veränderungen wurden in den 2. Nachtragsvoranschlag 2015 eingearbeitet.

Der Gemeinderat wird um Genehmigung der Fälligkeitsänderung der angeführten Darlehen der BAWAG/PSK vom 30.06./31.12. auf den 01.03./01.09. ersucht.

Beschluss: **mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

| | | |
|---------------|-------|----|
| Gegenstimmen: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 12 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 3 |
| | NEOS | 0 |

| | | |
|------------------|-------|---|
| Stimmenthaltung: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |

| | | |
|-------------|-------|----|
| Prostimmen: | SPÖ | 17 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 3 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 1 |

4.) Annahmeerklärung des NÖ WWF für BA19

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Schreiben vom 21.05.2015 erhielt die Stadtgemeinde Stockerau vom NÖ Wasserwirtschaftsfonds die Zusicherung über Förderungsmittel für die Abwasserbeseitigungsanlage Stockerau, Bauabschnitt 19 – Industriegebiet Ost/Leitzersbrunnerfeld.

Unter Zugrundelegung der vorläufigen förderbaren Investitionskosten für den Bau der Abwasserbeseitigungsanlage in Höhe von € 260.000,--, gewährt der NÖ Wasserwirtschaftsfonds eine Förderung von 5% der GIK in Form eines Darlehens - das sind € 13.315,--.

Diese Förderung wird in folgenden Jahresquoten ausbezahlt:

| | | |
|------|---|----------|
| 2015 | € | 3.000,00 |
| 2016 | € | 3.000,00 |
| 2017 | € | 3.300,00 |
| 2018 | € | 4.015,00 |

Um die Beträge in Anspruch nehmen zu können, wird der Gemeinderat um Genehmigung der Annahmeerklärung des NÖ Wasserwirtschaftsfonds mit Zahl WWF-40238019/2 für die ABA-BA 11 ersucht.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

| | | |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |
| Stimmenthaltung: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |
| Prostimmen: | SPÖ | 17 |
| | ÖVP | 12 |
| | FPÖ | 3 |
| | GRÜNE | 3 |
| | NEOS | 1 |

**5.) Abschluss einer Nutzungs- und Dienstleistungsvereinbarung
betreffend "Duale Zustellung"**

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die von der gemdat-NÖ und deren Partnern betriebene Internetplattform „Bürgerportal“ wird eingestellt.

Um eine elektronische Zustellung von Schriftstücken an registrierte Bürger weiterhin zu gewährleisten, wäre eine „Nutzungs- und Dienstleistungsvereinbarung für die Duale Zustellung“ mit der gemdat NÖ abzuschließen.

Das bedeutet, dass für jene Bürger, die sich bereits im Bürgerportal registriert haben bzw. zukünftig sich für elektronische Zustellung anmelden, die Daten der Vorschreibung an die gemdat NÖ übermittelt werden. Der Empfänger erhält in weiterer Folge ein E-Mail mit einem Link auf das beim Zustellservice abgelegte Dokument, das zum Download bereitgestellt wurde.

Die Stadtgemeinde erspart sich daher für diese elektronische Zustellung die Druckkosten und Portogebühren.

Für die Bürgerportal-Lösung betrug der Aufwand rund € 1.400,-- pro Jahr.

Die Kosten für die Nutzung des neuen Dienstes betragen lt. Preisliste 2015:

- Einmalige Einrichtungsgebühr: € 500,--
- Laufende Basisgebühr pro Monat (einwohnerabhängig): € 80,36 (€ 964,32/Jahr)
- für die elektronische Zustellung: € 0,18 je Sendung (ca. € 250,--/Jahr)

Es soll die Nutzungs- und Dienstleistungsvereinbarung „Duale Zustellung“ mit der gemdat-Niederösterreichische Gemeinde-Datenservice GmbH, Girakstraße 7, 2100 Korneuburg, beschlossen werden.

Gemeinderat Pfeiler: Es ist sehr sinnvoll, dass man hier diese duale Zustellung trotz des Systemwechsel weiterhin betreibt. Wir leben in einer Welt, die sich mehr und mehr digitalisiert. Es ist einfach sinnvoll, dass der Bürger online oder elektronisch mit der Gemeinde kommunizieren kann.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

| | | |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |
| Stimmenthaltung: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |
| Prostimmen: | SPÖ | 17 |
| | ÖVP | 12 |
| | FPÖ | 3 |
| | GRÜNE | 3 |
| | NEOS | 1 |

6.) Ausweitung Sicherheitssoftwarelizenzen für sämtliche Endgeräte

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Derzeit ist im EDV-Umfeld der Stadtgemeinde Stockerau die Antiviren-Software McAfee im Einsatz. Diese schützt nur die PCs und Notebooks, Tablets und Smartphones allerdings nicht. Nach intensiven Recherchen hat sich herausgestellt, dass die Software Kaspersky nicht nur diese Lücke schließen kann, sondern auch die Lizenzkosten gesenkt werden können.

Aus Sicherheitsgründen sind derzeit nur Apple-Geräte als Smartphones bei der Stadtgemeinde Stockerau im Einsatz. Nach einem Umstieg auf die Software Kaspersky können auch günstigere Smartphones mit Android angekauft werden. Des Weiteren sind wichtige, zeitgemäße Sicherheitsfeatures (Client-Monitoring, Patch-Management usw.) enthalten, welche McAfee in diesem Umfang nicht bietet.

Die Lizenzkosten senken sich von derzeit McAfee € 35,-/Jahr/Gerät auf Neu Kaspersky € 25,-/Jahre/Gerät (BBG-Preis).

Das Angebot der Fa. 1stGate GmbH, 3701 Großweikersdorf, umfasst eine 3-Jahres-Gouvernement Lizenz für 150 Endgeräte und eine Mail Server Lizenz für 200 Endgeräte. Danach werden die Lizenzen um jeweils weitere 3 Jahre verlängert.

Das Angebot umfasst auch eine einmalige umfangreiche Einschulung im Zuge der Installation.

Die Gesamtkosten für die beschriebene Sicherheitslösung inkl. Installation betragen daher für 3 Jahre € 15.031,--.

Der Abschluss bzw. der Ankauf einer Kaspersky Gouvernement Sicherheitslösung für sämtliche Endgeräte der Stadtgemeinde Stockerau und für den Mail Server inklusive Installations- und Einschulungskosten bei der Fa. 1stGate, 3701 Großweikersdorf, zum Preis von € 15.031,- für 3 Jahre wird genehmigt.

Gemeinderat Hetzendorfer: Mich würde dazu interessieren – sind unsere jetzigen Antiviren-Software-Lizenzen schon ausgelaufen oder wird es allein aus dem Grund gemacht, dass man mobile Geräte schützen will.

Bürgermeister Laab: Damit haben wir eine Erweiterungsmöglichkeit.

Stadtdirektorin Riedler: Dass man auch andere Geräte und nicht nur Apple-Geräte damit schützt.

Gemeinderat Hetzendorfer: Das ist mir schon klar, aber grundsätzlich geht es hier um € 15.000,--, und die alten Lizenzen sind noch nicht abgelaufen. Das macht man jetzt nur dafür, dass man die Smartphones schützen kann.

Stadtdirektorin Riedler: Aber wenn man Geräte tauschen will auf günstigere, dann sind auch diese damit geschützt.

Gemeinderat Hetzendorfer: Ich mag da nur aus meiner eigenen Erfahrung zu bedenken geben, dass die Gründe, mit denen man sich einen Virus auf einem Smartphone einfangen kann, dermaßen gering sind und vor allem dadurch, dass man sich illegal Software herunterladet und installiert, wovon ich eigentlich hoffe, dass es kein Gemeindebediensteter mit einem Diensthandy macht. Aber abgesehen davon, ob es sich wirklich dafür steht, € 15.000,-- zu investieren, gebe ich zu bedenken.

Bürgermeister Laab: Aufgrund der Empfehlung der EDV-Abteilung und der Einsparungen, weil die Geräte immer mehr werden, soll diese Änderung erfolgen.

Gemeinderat Hopfeld: Von wie vielen Geräte wird hier gesprochen?

Bürgermeister Laab: Ich habe jetzt keine Zahl.

Stadtdirektorin Riedler: Es gibt Bedienstete, die Tablets verwenden. Es gibt Bedienstete, die Smartphones verwenden. Es sind ca. 150 Endgeräte.

Stadträtin Völkl: Wo werden diese eingesetzt?

Stadtdirektorin Riedler: Bei den Bediensteten.

Stadträtin Völkl: Dann hätte jeder zweite Bedienstete ein Handy?

Beschluss:

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis:

| | | |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 12 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |
| Stimmenthaltung: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |
| Prostimmen: | SPÖ | 17 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 3 |
| | GRÜNE | 3 |
| | NEOS | 1 |

7.) Ankauf eines Spindelmähers und eines Kompakttraktors für das Sportzentrum

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Derzeit ist im Sommer für das Rasenmähen aller Flächen ein Shibaura CM 284 mit 18.482 Betriebsstunden (lt. Erzeugerfirmen hat ein Rasenmäher mit diesen Betriebsstunden mehr als ausgedient) im Einsatz. Er besitzt ein Frontmähwerk mit einer Hochentleerung (zum Befüllen der Grüncontainer) und ein Schneeschild für die Schneeräumung im Winter.

Für das Einsaugen des Laubes ist ein Anbaumotor mit Anhänger für altes E-Mobile im Einsatz.

Aufgrund der hohen Betriebsstunden wurde heuer ein Getriebeschaden beim Frontmähwerk schon 3 x überholt. Weiters ist der Dieseltank undicht, Öl- und Hydraulikölverlust, Hochentleerung verzogen (hohes Gewicht durch nasses Gras). Derzeit „nicht betriebsbereit“.

Laubeinsauger wurde letzte Saison notdürftig repariert, es ist eine Frage der Zeit, wann ein Motorschaden dem Gerät den Rest gibt.

Spritzfass zum Unkrautvernichten auf der Laufbahn benötigt kleinen Traktor vom Bauhof. Sollte ca. alle 3 Wochen durchgeführt werden. Problem: das Wetter hält sich nicht immer an Vorhersagen, beim Unkrautvernichten darf die Stelle nicht nass sein und sollte danach ebenfalls einige Stunden trocken bleiben. Der Traktor wird vom Bauhof selbst benötigt.

Für das Rasenmähen gibt es ein Leihgerät Kubota G26 vom Bauhof. Dieses Gerät reicht für die Parkanlagen, jedoch nicht für den Stadionplatz und die Trainingsflächen (auch hier werden Match abgehalten), da die Schnitthöhe nicht erreicht werden kann. Der Bauhof benötigt dieses Gerät selbst. Wir versuchen sämtliche Anlagen kurz zu halten, da uns auch das EHZ mit seinem Rasentraktor John Deere unterstützt. Das Problem ist, wenn der Rasen zu hoch ist, verstopft sich das Gerät und die Mähzeiten verlängern sich.

Durch die Nähe zur Au gibt es jeden Tag in der Früh bis zum späten Vormittag Bodennässe, welche zu Verstopfungen führt. Ob Bauhof, EHZ oder SPZ bei Regen oder unmittelbar nach Regen kann nicht gemäht werden. Dem Rasen tut es nicht gut, wenn er zu hoch wird, es fehlt ihm bei der Wurzel an Licht und Luft. Es ist für alle Beteiligten schwierig, ihrer Arbeit nachzugehen, dazu kommt noch der Transport der Geräte (EHZ-Gerät muss mit einer Mulde transportiert werden, und Bauhof-Gerät benötigt einen zusätzlichen Fahrer für die Überstellungsfahrt!).

Früher gab es mehrere Geräte für die notwendigen Tätigkeiten der Grünanlagenpflege, bereits vor 8 Jahren wurde bezüglich Neuanschaffung nachgedacht!

Das Sportzentrum würde ein Gerät mit flexibler Einsatztaktik benötigen: Rasenmähen – Laubsaugen – Schneeschieben – Spritzen (mit unserem Fass) – Möglichkeit einen Anhänger oder unsere Walzen zu ziehen.

Es wurde von folgenden Firmen Angebote eingeholt:

- Fa. Stangl
- Fa. Prochaska
- Fa. RKM
- Fa. Esch-Technik

Bei den Gesprächen wurde festgestellt, dass es ein Nachteil wäre, nur ein Gerät anzuschaffen, welches unsere Bedürfnisse abdecken würde.

Nachteile:

- zu schwer für einen Sportplatz, man würde den Boden zu sehr verdichten,
- man müsste das Gerät jedes Mal umbauen,
- keine Doppelarbeiten möglich;

Diesbezüglich würde das Gerät Kubota B 3150 HDU von der Fa. Esch-Technik entsprechen.

Es wird daher vorgeschlagen, 2 Geräte anzukaufen. Dies hätten folgende Vorteile (wenn 1 Gerät ein Spindelmäher wäre):

- Gewicht für den Platz
- Mähzeiten wären verkürzt
- Es könnte früher mit den Mäharbeiten begonnen werden, nicht so Wetter abhängig
- Grüncontainer müssten nicht so oft entleert werden
- Doppelarbeiten möglich (z.B.: mähen und mähen od. spritzen od. walzen...)
- Der Unkrautschmutz von den Parkanlagen käme nicht so sehr ins Spielfeld (Reifen)

Für diese Variante würden die Geräte Spindelmäher 2653B und X758 Kompakttraktor der Fa. RKM. entsprechen.

Die Fa. RKM wäre zwar teurer bei neuen Geräten als die Fa. Prochaska, hätte aber die Vorteile:

- Ersatzteillieferung binnen 3 Werktagen oder Ersatzgerät
- Kauf würde über Lagerhaus Sierndorf abgewickelt

Laut Angebot der Fa.RKM beträgt der Kaufpreis für den Spindelmäher € 26.990,--
und für den Kompakttraktor (Vorführmaschine) € 26.800,--

Somit Gesamtkaufpreis inkl. MwSt. € 53.790,--

Sollte die Vorführmaschine bis zur Beauftragung nach Beschlussfassung bereits verkauft worden sein, würde sich der Gesamtkaufpreis mit einem neuen Kompakttraktor auf **€ 59.190,--** erhöhen.

An Fördermittel vom NÖ Fußballverband und das Land NÖ könnten € 9.000,-- angesprochen werden.

Die Finanzierung soll über eine Leasinggesellschaft erfolgen.

Nach Ausschreibung der Finanzierung sind auf Basis eines Gesamtkaufpreises von € 53.790,- folgende Angebote eingelangt:

- BAWAG/PSK Leasing monatliche Bruttorente für beide Geräte: € 1.011,12
- Oberbank Leasing monatliche Bruttorente für beide Geräte: € 1.016,43

Der Gemeinderat wird ersucht, den Ankauf eines Spindelmähers 2653B und eines Kompakttraktors X758 bei der Fa. RKM, 3130 Herzogenburg, für das Sportzentrum zum Gesamtkaufpreis von brutto € 53.790,--, bzw. bei bereits verkauftem Vorführgerät zum Preis von € 59.190,-- zu genehmigen.

Weiters soll die Finanzierung der beiden Geräte über die BAWAG/PSK-Leasing mit einer monatlichen Leasingrate von € 1.011,12 brutto und einer Laufzeit von 54 Monaten genehmigt werden.

Gemeinderat Dummer: Die Rate ist € 1.011,-- auf 54 Monaten – ist hier ein Restwert vorgesehen oder ist die letzte Rate zum Kauf?

Bürgermeister Laab: Ohne Restwert.

Gemeinderat Dummer: Also ausfinanziert mit diesen € 54.000,--.

Bürgermeister Laab: Ja.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

| | | |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |
| Stimmenthaltung: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |
| Prostimmen: | SPÖ | 17 |
| | ÖVP | 12 |
| | FPÖ | 3 |
| | GRÜNE | 3 |
| | NEOS | 1 |

8.) Festspiele Stockerau – Anpassung Kartenpreise

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Für die Stockerauer Festspiele sollen die Kartenpreise ab der Saison 2016 wie folgt neu festgelegt werden. Der Umstand, dass ab 01.05.2016 für Theaterkarten ein 13%-iger Mehrwertsteuersatz (statt bisher 10%) eingehoben wird, wurde in die Preise bereits eingerechnet.

Preisvorschlag:

| Reihe | bisher | NEU ab 2016 |
|--|--------|-------------|
| R.1-5, Pl.9-20 | 54,-- | 57,-- |
| R.1-5, Pl.5-8/21-24 R.6-11, Pl.5-24 | 49,-- | 52,-- |
| R.1-11, Pl.1-4/25-28 R.12-14, Pl.1-28 | 42,-- | 44,-- |
| R.15-16, Pl.1-28 | 35,-- | 37,-- |
| R.17-18, Pl.1-28 Zustellplätze | 25,-- | 27,-- |

Regiekarten: 16,--

Ermäßigung für Stockerauer: 20%

Ermäßigung für Jugendliche und Pensionisten: 10%

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:

| | |
|-------|---|
| SPÖ | 0 |
| ÖVP | 0 |
| FPÖ | 0 |
| GRÜNE | 0 |
| NEOS | 0 |

Stimmenthaltung:

| | |
|-------|---|
| SPÖ | 0 |
| ÖVP | 0 |
| FPÖ | 0 |
| GRÜNE | 0 |
| NEOS | 0 |

| | | |
|-------------|-------|----|
| Prostimmen: | SPÖ | 17 |
| | ÖVP | 12 |
| | FPÖ | 3 |
| | GRÜNE | 3 |
| | NEOS | 1 |

**9.) Verkauf eines Teilstückes bei Schaumannngasse 9 an
AJET Vermögensverwaltungs- und Beteiligungs GmbH**

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtgemeinde Stockerau verkauft an die Fa. AJET Vermögensverwaltungs- und Beteiligungs GmbH. eine Teilfläche der Parz. Nr. 1173/7, Ausmaß 132 m², unter folgenden Bedingungen.

1. Der Grundpreis für das gegenständliche Grundstück beträgt € 23.100,--.
2. Die anfallenden Kosten für den erforderlichen Teilungsplan werden von der Stadtgemeinde Stockerau übernommen.
3. Die durch die Vergrößerung der Bauplatzfläche resultierende Ergänzungsabgabe und sämtliche mit dem Ankauf verbundenen Kosten, wie Vertragskosten und grundbücherliche Durchführung, sind vom Eigentümer der Liegenschaft Schaumannngasse 9 zu übernehmen.

Gemeinderat Pfeiler: Die Fläche bei dieser Liegenschaft befindet sich im geschlossenen Bauungsgebiet in der Schaumannngasse und ist mit € 175,-- pro m² Verkaufspreis eigentlich für diese Lage sehr, sehr günstig bewertet. Wir haben vorher im Prüfungsausschuss bei der Spielplatzergänzungsabgabe berichtet bekommen, da waren € 200,-- pro m² im Jahr 2005 verordnet. Das ist jetzt auch schon 10 Jahre her. Aus meiner Sicht wäre angesichts der Lage dieser Liegenschaft ein deutlich höherer Verkaufspreis pro m² anzusetzen gewesen.

Bürgermeister Laab: Es geht hier um 132 m². Diese Fläche ist nicht zu vergleichen mit einer Bauplatzgröße von mindestens 500 m². Hier geht es um eine Ergänzung, weil dieses Haus dementsprechend in seinem Gesamtzustand verändert und verbessert wird. Es wird kaum einen Käufer geben, der diese 132 m² für sich erwerben würde, wenn daneben ein mehrstöckiges Haus steht.

Beschluss:

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis:

| | | |
|------------------|-------|---------------------|
| Gegenstimmen: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 2 (Straka, Pfeiler) |
| | NEOS | 0 |
| Stimmenthaltung: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 1 (Schneider) |
| | NEOS | 0 |
| Prostimmen: | SPÖ | 17 |
| | ÖVP | 12 |
| | FPÖ | 3 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 1 |

10.) Kinast Angela – Rücktritt vom Grundkauf Parz.Nr. 118/63, Zum Spitzgarten

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluss des Gemeinderates vom 17.03.2015 wurde Frau Kinast Angela, wh. Berggartenstraße 2/8, 2000 Stockerau, das Kleingartengrundstück Parz. Nr. 118/63, Gesamtausmaß 286 m², Kleingartensiedlung Zum Spitzgarten, KG. Stockerau, zugeteilt.
Laut Schreiben vom 02.06.2015 ist Frau Kinast Angela vom Grundkauf zurückgetreten.
Der Beschluss des Gemeinderates vom 17.03.2015 wäre somit aufzuheben.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

| | | |
|------------------|-------|---|
| Gegenstimmen: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |
| Stimmenthaltung: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |

| | | |
|-------------|-------|----|
| Prostimmen: | SPÖ | 17 |
| | ÖVP | 12 |
| | FPÖ | 3 |
| | GRÜNE | 3 |
| | NEOS | 1 |

VII. Anträge gemäß § 46 Abs. 1 NÖ GO 1973

1.) Aussprache über die mögliche Unterbringung von Asylwerbern in Stockerau

Bürgermeister Laab: Eingbracht von ÖVP und GRÜNE.

Gemeinderätin Schneider: In den letzten Wochen haben wir Frau Andrea Riedler als Integrationsbeauftragte der Stadt Stockerau gebeten, aktuelle Informationen zum Thema Asylstrategie an alle politischen Parteien weiter zu geben. Die erste Berichterstattung haben wir einige Tage nach der Einreichung dieses Antrages erhalten. Wir erfuhren, dass bald mehr als 60 asylwerbende Erwachsene und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) nach Stockerau kommen werden. Außerdem sind konkrete Überlegungen zur Wohnraumbeschaffung weitergegeben worden.

Gestern bekamen wir die zweite Berichterstattung, die um einiges umfangreicher war und klar zum Ausdruck brachte, dass die Religionsgemeinschaften die Asyltätigkeit für Stockerau übernehmen.

Es hat sich bis jetzt in allen Gemeinden gezeigt, dass eine Einbeziehung der gesamten Bevölkerung von größter Wichtigkeit für die Akzeptanz und Integration von Asylwerbenden ist. Einerseits um Missverständnisse, Vorurteile und Gerüchte auszuschließen und andererseits um sich gezielt mit ehrenamtlicher Hilfe einbringen zu können.

Daher fordern wir:

- Angemessene Öffentlichkeitsarbeit der Stadtverwaltung, d.h.
 - laufende Informationen über die Aufnahme und die Situation von Asylwerbenden in Stockerau (Startseite der Homepage und Stadtzeitung),
 - regelmäßiger Verweis auf die Kontaktadresse der Anlaufstelle integration@stockerau.gv.at auf der Homepage und in anderen Medien.

Der Gemeinderat wolle eine angemessene und zielführende Öffentlichkeitsarbeit für die gesamte Bevölkerung im Bereich der Asyltätigkeit in Stockerau beschließen.

Stadträtin Völkl: Die Fraktion der ÖVP schießt sich dem an. An dieser Stelle habe ich wirklich Hochachtung vor der Initiative der Religionsgemeinschaften, die diese Plattform geschaffen haben als erster Schritt, Einstieg in die Frage "wie beschäftigen wir uns mit Asylwerbern, von Menschen die auf der Flucht sind in Stockerau?". Es geht hier um Verantwortung und

trotzdem ist es so, dass die Religionsgemeinschaften das auch weiterhin abwickeln wollen ohne politische Einmischung. Jetzt meine Frage – wie weit das möglich ist, wenn wirklich hier ein Standort gefunden werden muss, dass der auch gut zu Stockerau passt. Dann werden sich auch die Anforderungen an die Stadt ändern. Mein Zugang wäre – wann die Gemeinde und Herr Bürgermeister den Schritt machen, dass hier eine politische Koordination auch erfolgt.

Eine 2. Frage habe ich in dem Zusammenhang zum Integrations-E-Mail. Da steht, dass die Religionsgemeinschaften ein Haus anmieten, einen Verein gründen, dass hier minderjährige, unbegleitete Flüchtlinge betreut werden sollen. Der Verein muss gegründet werden, weil ein Betreuer angestellt werden muss. Meine Frage jetzt – der Betreuer ist beim Verein angestellt und wer zahlt den Betreuer?

Stadtamtsdirektorin Riedler: Auch der Verein.

Stadträtin Völkl: Und woher hat der Verein die Einnahmen?

Stadtamtsdirektorin Riedler: Es wird ein Finanzierungskonzept geben.

Stadträtin Völkl: Was ist konkret die Unterstützung der Gemeinde?

Stadtamtsdirektorin Riedler: Der Verein ist noch nicht gegründet. Wenn es dann einen Verein geben wird, wird man dann, aber es gibt noch keinen.

Gemeinderätin Kracher-Schramm: Die FPÖ wird diesen Antrag auch unterstützen. Ich will aber betonen, dass wir unsere Haltung, unsere Einstellung, unsere Sorgen – wir bleiben kritisch in dieser Problematik und Thematik. Begrüßen tun wir auf jeden Fall einen Informationsaustausch.

Gemeinderat Dummer: Ich finde es persönlich auch sehr erfreulich, dass nach einer längeren Anlaufzeit doch jetzt dieses Thema sehr positiv in der Stadtgemeinde Stockerau gelöst wird und dass man hier Lösungen sucht und zum Teil auch schon gefunden hat. Der Schritt, der hier beantragt wird, ist ein wichtiger, dass man wirklich aktive Kommunikation hat, auch die Bevölkerung verstärkt einbindet, Ängste abbaut, Sorgen nimmt, weil es eben auch viele Befürchtungen in diesem Zusammenhang gibt. Aber ich denke schon, dass das Gebot der Stunde, hier diesen Menschen zu helfen, überwiegt und dass es wichtig ist, dass man das eben entsprechend auch durch die Gemeinde, durch die Medien der Gemeinde und auch durch alle Vertreter der Gemeinde entsprechend positiv kommentiert und an die Bevölkerung heranträgt.

Gemeinderat Fischer: Wer in den letzten Tagen die Diskussionen im Facebook mitbekommen hat, weiß, dass dieses Thema extrem emotional aufgeladen ist, in beide Richtungen. Und ich glaube, dass eine proaktive Informationspolitik der Gemeinde sehr gut wäre, um nicht Öl aufs Wasser zu gießen, das kann das Ganze etwas beruhigen. Und insofern danke ich für den Antrag und werde ihn unterstützen.

Gemeinderätin Kracher-Schramm: Wir werden kein Ständchen singen.

Gemeinderat Falb: Man muss sagen, es sind die Dinge bisher ja gut gelaufen, worüber wir uns freuen. Ich glaube, dass es nicht Sinn macht, auf den Rücken der Flüchtlinge hier großartig zu versuchen, Kleinkrieg zu schlagen oder politische Streitereien hervorzurufen. Ich möchte aber ein bisschen verstärken, was Kollegin Völkl sagt. Wenn die Rede ist, von der Unterstützung durch die Gemeinde, von einzelnen Initiativen und in Wahrheit sind es jetzt schon 5, 6 Initiativen, die parallel in Stockerau laufen. Wenn andererseits die Rede ist in Ihrem Sommergespräch, Herr Bürgermeister, bezogen auf die Containerfrage haben Sie gesagt, die Gemeinde wird bis Oktober ein Angebot zustande bringen, die Gemeinde macht ein Angebot. Das ist alles super, nur es ist eben die Gemeinde, d.h. die Gremien der Gemeinde gehören bei solchen Vorgängen eingebunden. Deswegen, was wir als Mindeststandard einer politischen Kommunikation und Abstimmung schon verlangen würden, wäre eigentlich, dass der Sozialausschuss sich mit den Dingen laufend befasst, in einer einigermaßen regelmäßigen Frequenz. Es wird sich wohl der Sozialausschuss damit befassen und auch die Sozialstadträtin, die eigentlich die politische Verantwortliche ist. Frau Stadtamtsdirektorin Riedler ist eine Angestellte der Gemeinde. Aber natürlich für eine so große Sache, das ist keine Kleinigkeit, sondern es ist wirklich eine große Sache, die derzeit intensiv in der Bevölkerung diskutiert wird, gibt es meiner Meinung nach eine politische Verantwortung und die ist aus unserer Sicht vom Bürgermeister bzw. von der Sozialstadträtin und vom entsprechenden Gremium wahrzunehmen, denn solche konkreten Fragen – Gemeinde stellt Angebot, Gemeinde unterstützt Vereine usw. – gehören im Sozialausschuss besprochen. Das wollte ich gesagt haben, werde diesbezüglich keinen Antrag formulieren. Wir behalten uns vor, wenn wir den Eindruck haben, dass hier die Abstimmung mehr oder weniger am politischen Gremium vorbei erfolgt, dass wir den Sozialausschuss einberufen und dort eine entsprechende Tagesordnung auch verlangen. Aber im Übrigen gilt das, was die Vorredner gesagt haben und wir werden dem Antrag zustimmen.

Bürgermeister Laab: Was auf jeden Fall für mich im Vordergrund steht, ist, dass die Arbeit weiter funktioniert. Wenn jetzt hier die Parteien, obwohl es nicht politisch sein soll, politisch tätig werden wollen – für mich sind da jetzt ein paar Unregelmäßigkeiten drinnen, dass Ausschüsse beschäftigt werden und auf der anderen Seite will man rasche Informationen haben. Viel rascher als es Frau Dr. Riedler gemacht hat, auch wenn sie hier auf der Gemeinde beschäftigt ist und nicht politisch tätig ist, wird es nicht gehen. Es geht ja, glaube ich und so hoffe ich doch, um Informationen und jetzt nicht wer wem informiert, sondern dass rasche Informationen hinausgehen. Wenn Aussagen getroffen werden, dass man sich hier bemüht, dann wird das auch umgesetzt. Es haben auch am heutigen Tag mit einer Organisation, dem Arbeiter-Samariter-Bund Besichtigungen stattgefunden. Eine Entscheidung kann hier nicht bekanntgegeben werden, weil es diese noch nicht gibt. Es ist, glaube ich, nicht sinnvoll, wenn man sagt, wir haben die Möglichkeit, wir haben die Unterschriften und verlangen einen Ausschuss und dann muss berichtet werden. Eines möchte ich hier ganz klar sagen, dass ich nicht in Frage stellen oder in Gefahr bringen möchte. Wir haben dieses Gremium, wo alle drei Religionsgemeinschaften die Arbeit machen und jeder, der sich einbringen möchte, kann das tun. Die drei Religionsgemeinschaften wollen nicht jedes Monat in der Stadtzeitung stehen, die wollen auch nicht jede Woche in einer anderen Zeitung stehen. Sie werden an die Presse herantreten mit unserer Unterstützung, wenn sie das haben wollen. Da gibt es ca. 20 Personen, die Wohnungen herrichten usw. Geholfen wird denen, die es brauchen - unbelästigt von der Öffentlichkeit. Sie sollen einmal ankommen, sollen sich in Ruhe einrichten können. Das passiert. Da stehe ich sicherlich nicht zur Verfügung, dass man jetzt hergeht, weil man sich vielleicht zu wenig informiert fühlt und vielleicht in seiner politischen Arbeit dort oder da eine

Möglichkeit sieht. Integration@stockerau.gv.at wird von sehr vielen Menschen in Anspruch genommen. Wir bekommen täglich hier neue Informationen, neue Angebote. Diese werden weitergeleitet an die Organisationen, die sich auch damit beschäftigen, die hier auch noch Personen brauchen können, die auch organisieren. Wir werden unsere Unterstützung rasch und unbürokratisch geben, wo es notwendig ist. Wenn es einen Beschluss des Gemeinderates braucht, natürlich wird der gefällt, weil es vielleicht unter Umständen notwendig sein wird, innerhalb von 5 Tagen oder von der Einladungsfrist und wenn es dringend notwendig ist, dann auch von 2 Tagen, dass sich der Gemeinderat zusammensetzen muss, weil eine wichtige, notwendige Entscheidung getroffen werden muss. Wenn der Mensch im Vordergrund steht, dann werden wir einladen und dann ist ein jeder gefordert, sich die Zeit zu nehmen, diese Beschlüsse herbeizuführen. Und genauso wird es im Sozialausschuss sein. Es steht in der Presse, dass eine Nachbargemeinde so und so viele Personen bekommt. Es steht noch kein einziger Container und es ist auch noch keine einzige Person da. Da ist hinausposaunt – wir erfüllen die Quote. Genauso werden wir unsere Quote erfüllen und werden diese Voraussetzungen schaffen. Und wenn hier dann die Notwendigkeit besteht, dass in diese oder jene Richtung die Religionsgemeinschaften bzw. das Leistungsgremium das nicht machen kann, dann wird man das über den Sozialausschuss und auch kurzfristig über die Medien machen. Es ist mit den lokalen Medien besprochen, wenn eine Notwendigkeit besteht, dann wird es veröffentlicht. Aber hier jetzt zu sagen, dass man angemessene und zielführende Öffentlichkeitsarbeit braucht – ist es auch zielführend für die Personen, die betroffen sind? Hilft eine Öffentlichkeitsarbeit den Flüchtlingen, die zu uns kommen, oder werden sie eher in irgendeiner Form belästigt oder die Privatsphäre gestört? Zu viel Zuwendung kann auch nicht immer positiv sein.

Eine Kontaktadresse ist geschaffen, eine Information ist geschaffen. Ich habe mit dem Antrag grundsätzlich kein Problem. Es ist nur mit den Inhalten und den Abgrenzungen, wo, was erfüllt wird. Da könnte es vielleicht problematisch werden. Wenn es die Befindlichkeit der einzelnen Fraktionen ist, die sich hier zu dem Antrag hinreißen haben lassen, dann halte ich es für alles in Ordnung, aber nur nicht für die Menschen, denen geholfen werden soll. Diese Hilfe kann ein jeder über diverse Organisationen schon seit Wochen mitorganisieren und kann sich engagieren. Teilweise geschieht es auch. Es sind hier doch einige im Raum, die sich sehr stark engagieren, die schon geholfen haben, die sich auch schon eingebracht haben in den Bereichen, wo sie Kontakte haben, wo sie Erfahrungswerte haben. Das würde ich für angemessen und zielführend halten. Aber wenn es gewünscht ist! Wir werden unsere Öffentlichkeitsarbeit, wie wir sie begonnen haben, weiter durchführen in Abstimmung mit denen, die in erster Linie die Arbeit machen und die auch schauen, dass zielführend vorgegangen wird. Es ist auch mit Schulen rechtzeitig die Vorbereitung getroffen worden. Weder die Direktoren, noch die Eltern der Betroffenen, noch die Betreuer, ob Caritas oder sonst wer, haben den Wunsch gehabt, dass das in der Zeitung und in der Öffentlichkeit stehen muss. Wenn Notwendigkeit vorhanden sein wird, wird es selbstverständlich auch über Öffentlichkeitsarbeit gemacht, und wenn die Diskussion ergibt, dass es sinnvoll ist, dann wird diese Arbeit unterstützt. Das wäre mein Zugang dazu. Der Beschluss, das zu fassen, ist ein leichter. Ihn umzusetzen, um die Kriterien zu erfüllen, wird wesentlich schwieriger.

Gemeinderat Dummer: Als zielführend und angemessen in dem Zusammenhang würde ich sehen, alles was hilft, die Ängste abzubauen und die Bevölkerung eben zumindest neutral, wenn nicht positiv auf die Situation einzustimmen. Dadurch, dass man es in der Vergangenheit verabsäumt hat, hier zu informieren, sind halt Gerüchte entstanden – die nehmen uns die Gemeindewohnungen weg, 200 Flüchtlinge kommen. All die Dinge hat man in der Stadt ge-

hört. Hat wenig mit der Realität zu tun, aber das kommt eben daraus, wenn man nicht informiert, dann entstehen solche Gerüchte, weil die Leute machen sich trotzdem ihre Gedanken und reden ja trotzdem. Darum ist es sehr begrüßenswert. Natürlich haben Sie Recht, wo und was ist zielführend und was nicht. Sicher ist es nicht zielführend, Adressen zu veröffentlichen oder Personen in die Zeitung zu stellen. Da haben Sie Recht. Dass hier die Gratwanderung eine wichtige ist, ist unbestritten. Das sollte man aber nicht dazu benutzen, zu sagen, nur weil es schwierig ist, machen wir es gar nicht.

Gemeinderat Hopfeld: Mich stört irgendwas an der ganzen Sache und zwar folgendes. Wir tun uns da sehr immer auf die Information ausreden, aber haben wir keine politische Verantwortung in unserer Stadt, dass wir auch hier uns beteiligen daran? Wir geben das einfach den Religionsgemeinschaften – die sollen super sein, die sollen dabei sein, das ist keine Frage. Die sollen an Bord sein, aber wenn der Sozialausschuss sich mit diesen Sachen beschäftigt – das Beschäftigen ist ja nicht in irgendeiner Art und Weise - aber eine politische Verantwortung muss man zumindest übernehmen. Alleine wenn ich jetzt darüber nachdenke, dass Plätze gesucht werden, wo man die Container aufstellt. Das können die Religionsgemeinschaften auch nicht entscheiden. Da muss man das im Vorfeld in einem Ausschuss besprechen können, vernünftig besprechen können. Ich würde mich nicht immer ganz einfach herausstellen in der Verantwortung. Es schaut so aus, weil überall anders, in den anderen Gemeinden da ist an der Spitze der Bürgermeister und der koordiniert das und es wird ihm von den Religionsgemeinschaften geholfen. Aber die Führungsperson, die das macht, muss unser Bürgermeister sein. Das ist mein Zugang zu dieser Sache.

Stadträtin Völkl: Es ist schon ein paar Mal darüber gesprochen worden, dass man sich als Privatperson einbringen kann. Ich verstehe die Diskussion, dass das jetzt so emotional wird, nicht ganz, weil ich weiß, dass hier aus den Reihen der SPÖ jetzt schon viel ehrenamtlich für die Flüchtlinge geleistet wird. Es ist in der NÖN gestanden, dass schon jemand nach Traiskirchen fährt. Von unserer Seite stehen wir zu dem Thema sehr positiv, dass man das ordentlich gut menschlich abwickelt, und die GRÜNEN sowieso. Ich verstehe nicht, warum das so eine Aufregung erzeugt, wenn man von politischer Verantwortung, von einem Ausschuss spricht. Wir sind alle anscheinend grundsätzlich im Thema einer Meinung. Ich verstehe die Diskussion nicht, warum man das nicht und jenes nicht. Ich denke mir, in unserer Grundhaltung ziehen wir an einem Strang und wollen das Beste für die Stadt. Ich will noch einmal sagen, die Religionsgemeinschaften haben wirklich meine Hochachtung, die leisten mit der Plattform ganz was Tolles. Ich denke mir, es wird Dimensionen annehmen und die sind alle ehrenamtlich. Da wird wahrscheinlich in der Koordination irgendwann einmal mehr notwendig sein. Wie man sieht, Vereine, viele Initiativen gibt es schon, die mitarbeiten wollen. Meiner Meinung nach ist eine Integrations-Email-Adresse für die Bevölkerung ein bisschen eine sehr passive Geschichte, wenn man sich informieren will oder dass man sich meldet. Meine Eltern sind über 70, die sich weder mit dem Computer auskennen noch haben sie eine E-Mail. Es laufen viele Gerüchte, wie auch Standort Fußballplatz, und denen soll Information entgegenwirken.

Bürgermeister Laab: Nicht Verantwortung übernehmen, das möchte ich zurückweisen. Wir sind in vielen Richtungen, genau in dieser Funktion des Bürgermeisters hier Vorbereitungen zu machen. Es gibt auch diverse Kontakte und es kümmern sich sehr viele um Möglichkeiten, wie Aufstellorte und dergleichen. Wenn man glaubt, dass man mit einer Aussendung, wenn eine E-Mail-Adresse zu wenig ist, viele rufen auch an und melden sich. Es ist eine moderne

Möglichkeit der Kommunikation, diese E-Mail-Adresse zu verbreiten. Ich sehe es nicht emotional sondern als Vorsicht. Ich will jetzt gar nicht anfangen und die Gerüchte verbreiten, die schon an mich herangetragen wurden. Wenn man da auf jedes reagiert – wenn das die Form der Öffentlichkeitsarbeit ist! Gerüchte gibt es nicht nur zu diesem Thema, Gerüchte gibt es in vielfacher Form in dieser Stadt zu verschiedensten Themen. Öffentlichkeitsarbeit zu machen, immer in Abstimmung mit denen, die die Arbeit machen, ist sicher kein Problem. Ich will auch gar nichts verhindern in Bezug auf Ausschüsse, ob das jetzt der Sozialausschuss ist oder andere sind, denn wenn es um Flächen geht, ist nicht unbedingt der Sozialausschuss der, der das besprechen soll, sondern ein anderer. Die werden natürlich dann eingeladen. Ich habe schon gesagt, es wird einen Ausschuss, einen Gemeinderat unter Umständen geben, wenn die Zeit drängt. Da werden wir auch mit kürzeren Fristen einladen. Dann kann man die Diskussionen führen und die Entscheidungen vorbereiten. Mir geht es darum, jetzt jemanden nicht zu informieren, sondern wenn Privatpersonen, Personen von der Wirtschaft, von der Politik sinnvoll zu diesem oder jenem Thema angesprochen werden, dann ist das in der Vergangenheit passiert und wird auch in Zukunft passieren, wird aber nicht auf einer Homepage oder sonst wo stehen. Da geht es dann eher um allgemeine Aufrufe, wo man sagt, dass möglichst viele Menschen diese Informationen haben, damit auch viel zurückkommt, wenn etwas bestimmtes gebraucht wird. Wir können sich anbieten, aber wenn es die Religionsgemeinschaften nicht wollen, werden wir uns auch nicht aufdrängen. Trotzdem wird es Information geben und die wird auch hinausgegeben an alle Fraktionen. Wenn es gewünscht ist, ist es von uns sicher kein Problem, einen Verteiler einzurichten, wo jeder einzelne Gemeinderat die Information bekommt. Wenn der Wunsch besteht, die Informationen an alle 37 zu verteilen, das ist sicher kein Problem.

Gemeinderat Hopfeld: Um das geht es mir wirklich nicht, dass das an alle verteilt wird. Mir geht es darum, wer in der Gemeinde beisammen sitzt und über dieses Thema spricht und Vorschläge macht, wie das gehen soll. Das bist du Herr Bürgermeister, das ist Frau Riedler und wer ist noch vom Gemeinderat oder Stadtrat miteingebunden, der das hier macht. Keiner! Das ist für mich zu wenig.

Vizebürgermeister Hermanek: Was sollten wir einbringen? Ich wüsste jetzt nicht, was ich einbringen sollte. Ich bin nicht derjenige, der weiß, ob ein Privater eine Wohnung hat und was auch immer. Das weiß die Plattform, die diese Information einholt, wo sich die Leute melden. Welche Information soll man weitergeben, man hat noch keine Personen da. Soll man sagen, vielleicht bekommen wir so und so viele Leute. Wo sie hinkommen werden, das wissen noch nicht einmal die, die sie bringen.

Gemeinderat Hopfeld: Mir geht es nicht um das Sagen. Mir geht es um die Mitarbeit von den Verantwortlichen.

Bürgermeister Laab: Bitte jetzt keine Zwiesgespräche, die sollten Sie vielleicht nachher machen.

Vizebürgermeisterin Hermanek: Entschuldigung.

Gemeinderat Hopfeld: Entschuldigung.

Gemeinderätin Schneider: Es sind jetzt 2 Punkte. Der eine war, wenn ich es richtig verstanden habe, die politische Verantwortung zu übernehmen, und der zweite Punkt war die Information, die eigentlich unser Antrag ist. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, was wir meinen, falls das nicht richtig aufgefasst wurde. Es geht darum, dass die gesamte Bevölkerung von Stockerau informiert wird und nicht nur in der Kirche, wo verlautbart wird, dass 60 Flüchtlinge kommen und Container aufgestellt werden, in der evangelischen Pfarre, in der katholischen Pfarre, ich weiß nicht, sonst noch wo, sondern die gesamte Bevölkerung. Es gibt auch sehr viele Menschen, die keinen Kontakt zu irgendwelchen Religionsgemeinschaften haben. Ich finde auch, die Bürger von Stockerau sollten die Möglichkeit haben, an Informationen zu kommen und auch eine Anlaufstelle zu haben. Das steht nirgends. Ich glaube, es ist einmal in der Stadtzeit gestanden diese E-Mail-Adresse. In der letzten Stadtzeitung ist gar nichts gestanden, was ich auch sehr eigenartig fand. Ich muss schon sagen, die Worte des Bürgermeisters über Hitzewelle und über die Schulanfänger finde ich gut, aber eigentlich ein bisschen befremdlich, dass das Oberhaupt von Stockerau sich sozusagen zurücklehnt zu dem Thema, das überall in allen Medien aufgegriffen wird – kein Statement.

Bürgermeister Laab: Das war jetzt ein kleiner politischer Seitenhieb und wir machen ja keine Politik mit dem Ganzen. Etwas in eine Zeitung zu schreiben, kann man dann machen, wenn es etwas zu berichten gibt. Wir berichten natürlich, wenn es etwas zu berichten gibt. Aber wenn es nichts zu berichten gibt, weil noch Vorbereitungen laufen, dann tut es mir leid, dann kann ich nicht 16.000 Menschen berichten.

Gemeinderätin Schneider: Die Startseite der Homepage – wenn ich jetzt eine Dame aus der Bevölkerung fragen will, ob sie irgendwo mithelfen kann, dann gehe ich auf die Homepage und finde nichts. Das ist unser Antrag, was wir wollen und nicht mehr. Dass es auf der Homepage steht und dass man weiß, wo man sich melden kann. Wir wollen gar nichts Schlimmes. Ich weiß jetzt nicht, wo die Dramatik liegt.

Bürgermeister Laab: Ich habe keine Dramatik. Die Dramatik wird von draußen hereingetragen. Ich sage es noch einmal. Wir machen diese Öffentlichkeitsarbeit gerne in Abstimmung mit denen, die die Arbeit machen, um denen nicht mehr Arbeit zu machen als sie schon haben.

Gemeinderätin Schneider: Wie gesagt, die Fragestellung – sehen Sie das nicht so, dass die gesamte Bevölkerung das bekommen sollte. Alles, was wir jetzt von Frau Dr. Riedler erfahren haben, darf doch auch die Öffentlichkeit erfahren. Oder? Dass so viele Menschen kommen, dass Container angedacht sind, dass es Projekte gibt. Ich denke mir, das ist ja nichts Schlimmes. Oder? Es hilf dafür, dass keine Gerüchte entstehen.

Stadtrat Moser: Ich glaube, wir kommen da in der politischen Arena inhaltlich bei diesem Punkt nicht weiter. 37 Mandatäre, Medien und Zuhörer – auf der einen Seite ein gewisses Unbehagen bei vielen auf der anderen Seite durchaus nachvollziehbare Bedenken, dass hier mit einem sensiblen Thema unsensibel umgegangen werden könnte. Ich möchte daher in Erinnerung rufen, dass ein anderes Thema, das wir heute schon hatten, nämlich die KIG. Wir waren da im März/April wirklich in einer verfahrenen Situation und sind in einem Allparteiengespräch, in einem KIG-Gipfel um einen Schritt weitergekommen. Ich könnte mir vorstellen, dass wir abseits eines Ausschusses, abseits des heutigen Gemeinderates, abseits eines Stadtrates auch in dieser Frage in einem Asylgipfel oder wie man es nennen will, in einem

Allparteiengespräch versuchen und schauen, ob wir da irgendwie zu einem guten Umgang mit diesem sensiblen Thema kommen. Vielleicht gelingt es, vielleicht gelingt es nicht, aber der Versuch wäre es Wert. Probieren wir einen kleinen runden Tisch mit einem oder zwei Vertreter je Partei, entsprechend diesem Erfolgsmodell KIG-Errichtungserklärung. Das wäre meine Anregung zu diesem wirklich nicht einfachen Thema. Aber es gibt eben Unbehagen und schauen wir, dass wir weiterkommen.

Gemeinderat Falb: 1. glaube ich, war die Bemerkung von Frau Schneider zur Frage der Stadtzeitung nicht illegitim. Man darf so etwas sagen. Man darf kommentieren, was der Bürgermeister in der steuerfinanzierten Stadtzeitung schreibt. Das darf man und ist nicht böse gemeint. Das 2. ist, wenn jetzt Kollege Moser von der KIG redet, die Diskussion um die Beschickung des Aufsichtsrates. Da haben wir gemerkt, das ist eine Firma, eine tickende – ich will das gar nicht laut aussprechen – da ist man bemüht, da muss die Politik drinnen bleiben, und da ja nicht, und Partei und nur Stockerau, nur passiv Wahlberechtigung, nur die Fraktion – das ist KIG. Das gehört aus meiner Sicht hinaus aus der Politik, wirklich hinaus aus der Politik. Auch wenn wir uns heute verständigt haben, aber in den Aufsichtsrat gehören die Besten hinein, egal ob der schwarz, rot, grün, blau oder was immer ist. Die Besten! Da tun wir Politik Politik. In so einem hochbrisanten, meiner Meinung nach hochbrisanten politischen Thema, da darf im Sinne dessen, was Hopfeld sagt, - das ist, glaube ich, auch ein Zugang, den man haben kann. Auch wenn Sie darüber lachen – aber da Politik hinaus und da tun wir klammern an der Politik, wie es ärger nicht geht.

Bürgermeister Laab: Vorschlag an die GRÜNEN – kann man damit leben, Herr Dr. Moser hat es vorgeschlagen, weil es verschiedene Ansichten gibt und damit man hier weiterkommt, den Beschluss dahingehend abändert und den Antrag zulässt, hier ein Gremium einzuberufen, wo alle drinnen sind.

Gemeinderätin Schneider: Ich bin immer gesprächsbereit und ich finde es ganz gut. Ich habe das bei meinem ersten Antrag schon gebracht, dass es ganz wichtig wäre, auf dieser Ebene zu arbeiten. Damals bin ich abgewürgt worden. Das, was ich heute im Antrag gebracht habe, hat nichts damit zu tun. Wie gesagt, es waren zwei verschiedene Sachen. Da geht es um die Information an die Bevölkerung und da geht es – wollen wir uns politisch in irgendeiner Weise betätigen oder einbringen oder Stellung nehmen. Darum möchte ich diesen Antrag abstimmen.

Bürgermeister Laab: Dann stimmen wir ab, ob wir uns einig sind, dass wir Öffentlichkeitsarbeit machen. Wie es gemacht wird, da machen wir dann das Gremium, wo man schaut, in welcher Form es dann am besten durchgeführt werden kann, dass man die Feinheiten in einem politischen Gespräch weiterführt, damit es dann nicht wieder zu Missverständnissen kommt.

Gemeinderätin Schneider: Ich glaube, ich habe ganz klar formuliert.

Bürgermeister Laab: Angemessene Öffentlichkeitsarbeit der Stadtverwaltung.

Gemeinderätin Schneider: Mit laufenden Informationen. Wie es aussieht, dass man eine Startseite einrichtet und dass diese E-Mail-Adresse auch auf der Hauptseite zu sehen ist – eine zielführende Öffentlichkeitsarbeit.

Bürgermeister Laab: Abstimmung über den Antrag, der von Gemeinderätin Schneider vorgebracht wurde, Öffentlichkeitsarbeit durchzuführen.

Beschluss: **mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

| | | |
|------------------|-------|--------------|
| Gegenstimmen: | SPÖ | 0 |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |
| Stimmenthaltung: | SPÖ | 1 (Minibeck) |
| | ÖVP | 0 |
| | FPÖ | 0 |
| | GRÜNE | 0 |
| | NEOS | 0 |
| Prostimmen: | SPÖ | 16 |
| | ÖVP | 12 |
| | FPÖ | 3 |
| | GRÜNE | 3 |
| | NEOS | 1 |

2.) Weitere Vorgangsweise hinsichtlich des Personalaufwandes im Bereich der Gemeindeverwaltung von Stockerau

Bürgermeister Laab: Eingbracht von ÖVP und GRÜNE.

Gemeinderat Falb: Seit einiger Zeit arbeitet der Personalausschuss unter dem Vorsitz von Kollege Kube. Wir haben zwei Sitzungen gehabt. In diesen Sitzungen herrscht Vertraulichkeit. Ich wollte deswegen den einen oder anderen Punkt öffentlich diskutieren, eigentlich kurz zusammenfassen, auch aufgrund der Tatsache, weil durch die Tätigkeit des Personalausschusses einiges an Unruhe, insbesondere bei der Belegschaft der Stadtgemeinde entstanden ist. Ich glaube, die Leute haben ein Recht zu wissen, worum es geht.

Der Personalausschuss war ja ein Prestigeobjekt, polemisch formuliert, der FPÖ. Im Wahlkampf, in der letzten Gemeinderatsperiode haben wir das schon immer gehört und auch jetzt große Öffentlichkeitsarbeit und das zentrale Ziel, damals von GR Kube in der NÖN formuliert, war also diese Senkung der Lohn- und Gehaltskosten im Bereich der Stadtgemeinde. Es wurde damals gesagt, dass 3% bis Ende 2016 an Personalkosten eingespart werden sollen und in den weiteren Jahren jeweils 1,5%. Wir haben uns das ausgerechnet. Vom heutigen Stand weg bzw. vom Gesamtaufwand weg reden wir von einer Einsparung von ungefähr 20% oder € 2,4 Mio. Das ist ein sehr ambitioniertes Ziel. Wir haben schon mehrmals darauf hingewiesen und ich wollte an dieser Stelle den Gemeinderat Kube die Frage richten, wie es mit die-

sem Einsparungsziel aussieht, ob das zu halten ist, was er damals öffentlich versprochen hat bzw. in welcher Form sich das konkretisieren wird.

Stadtrat Kube: Ich kann dazu jetzt nur sagen, im heurigen Jahr werden sich die 3% nicht halten. Der Personalausschuss wurde am 20. Mai das erste Mal einberufen. Es sind jetzt drei Monate vergangen und die Arbeitszeit war einfach zu wenig. Ich habe mich bei sämtlichen Dienststellen umgesehen, ich habe mit den Dienststellenleitern gesprochen, wir haben eventuelle Einsparungen auch angeschnitten. Der Personalstand ist eigentlich so, dass es meistens ziemlich eng bemessen ist, die Mitarbeiter sogar zeitweise mehr leisten als sie leisten müssten. Folge dessen kann man nicht nur Personal einsparen zurzeit. Weiters müssen wir auch berücksichtigen, dass wir aufgrund dieses Flüchtlingsproblems sicherlich auch mehr Personal brauchen werden. Das steht sicher im Raum. Dieses Jahr sind diese 3% nicht möglich.

Gemeinderätin Weiss: Ich denke, was sehr störend ist, dass man mit den 3% in die Öffentlichkeit geht und drei Monate später darauf kommt, dass es heuer schon nicht möglich ist. Als Unternehmer sollte man vorher schauen und dann urteilen.

Stadtrat Kube: Wir haben uns ein Ziel gesetzt, das Ziel war hoch gesteckt, aber es ist ja noch nicht gesagt, dass bis zum Ende die gesamte Summe rauskommt. Es ist auch keine Verunsicherung des Personals, weil ich immer gesagt habe, nur mit natürlichen Abgängen bzw. wenn die Dienstleistung nicht darunter leidet. Und wenn die Dienstleistung darunter leidet, dann gibt es keine Einsparung.

Gemeinderat Falb: Ich will die Diskussion auch nicht endlos in die Länge ziehen. Ich glaube, dass der Personalausschuss auf jeden Fall weit davon entfernt ist, seine Ziele zu erreichen, die von Herrn GR Kube vorgegebenen Ziele. Ich bin mir insgesamt mittlerweile unsicher, ob dieser Personalausschuss überhaupt Ziele erreichen wird bzw. ein großartiger Gewinn ist. Ich glaube, wir sollten wirklich die Diskussion führen, ob dieser Personalausschuss in dieser Form überhaupt notwendig ist oder ob wir da einen Papiertiger geschaffen haben, der eigentlich nichts bringt.

Bürgermeister Laab schließt die öffentliche Sitzung und beginnt mit der nicht öffentlichen Sitzung.

Der Bürgermeister

Helmut Laab

Für die SPÖ-Fraktion

Für die ÖVP-Fraktion

Vizebgm. Susanne Hermanek

StR Dr. Christian Moser

Für die FPÖ-Fraktion

Für die GRÜNEN-Fraktion

GR Sabina Kracher-Schramm

GR Mag. Andreas Straka

Für die NEOS

GR Dr. Martin Fischer

Für das Protokoll

Schriftführerin

StADir. Dr. Maria-Andrea Riedler

Doris Eder